

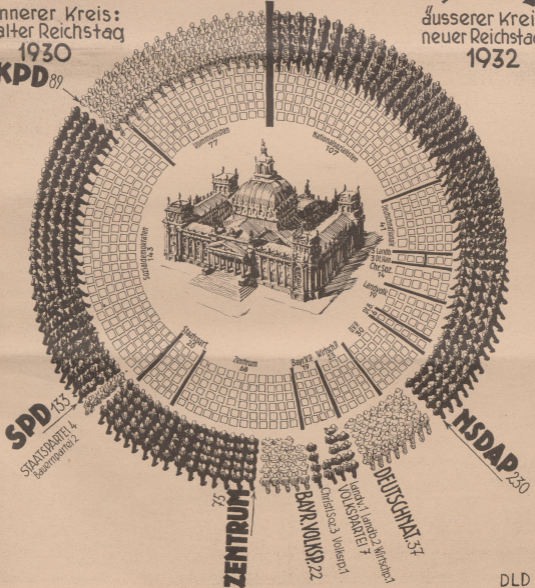
Stadt
chere
bing

Der Heimatdienst

Der alte und der neue Reichstag

innerer Kreis:
alter Reichstag
1930
KPD 89

äußerer Kreis:
neuer Reichstag
1932



Vor neuen Aufgaben

Von Reichskanzler von Papen

Wir stehen inmitten einer Krise von unbeschreiblichem Ausmaß, inmitten einer tiefen seelischen und materiellen Not des ganzen Volkes. In dieser Lage hat die Reichsregierung die Führung des Staatsschiffes übernommen. Wir haben es zu Beginn unserer Tätigkeit abgelehnt, Versprechungen zu machen und große Programme zu entwickeln, sondern bewußt darauf hingewiesen, daß das Volk seine Regierung an ihrem Handeln erkennen soll. Es ist an der Zeit, Rechenhaftig über dieses Handeln zu geben und die Richtung zu zeigen, in der weiter gehandelt werden muß.

Die Reichsregierung hat während der ersten Wochen ihrer Amtstätigkeit Aufräumungsarbeiten leisten müssen, um die unbedingt notwendigen Voraussetzungen für eine Aufbauarbeit zu schaffen. Diese Arbeit ist abgeschlossen. Zuerst galt es Maßnahmen zu treffen, um einen völligen Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen und Versicherungen, insbesondere der Arbeitslosenhilfe zu verhindern. Es war ein schwerer Entschluß, diese Notverordnung zu erlassen, die weite Teile des Volkes an die äußerste Grenze des Existenzminimums und zum Teil sogar schon unter das Existenzminimum gestellt hat. Die Regierung hat so gehandelt, weil sonst binnen kurzer Frist überhaupt keine Zahlungen mehr möglich gewesen wären. Es durfte nicht geschehen, daß eines Tages draußen im Lande die Schalter völlig geschlossen wurden, weil hier in Berlin eine Regierung gefessen hätte, die nicht den Mut aufbringen konnte, aus der katastrophalen Lage unserer Wirtschaft und Finanzen — aus der fälschlichen Lage unserer Wirtschaft — die Konsequenzen zu ziehen.

Zum zweiten hat die Regierung vor die Aufgabe gestellt, in Kaufmanne die Reparationsfrage zum Abschluß zu bringen. Wir haben keinen Grund, das in schwerem, verantwortungsvollem Ringen erzielte Ergebnis von Kaufmanne zu feiern. Aber der Schlußtritt unter das Tributverhältnis der Vergangenheit ist gezogen, die Basis für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau geschaffen und der Weg für die konsequente Fortsetzung der deutschen Befreiungspolitik vorbereitet.

Wir haben unverzüglich, nachdem in Kaufmanne der Schlußtritt unter die Tributverhältnisse gezogen war, den Weg zur Fortführung der deutschen Befreiungspolitik begonnen. Der Anfang mußte auf der Abrüstungskonferenz gemacht werden. Die Reichsregierung hat als Voraussetzung für eine erbliche Mitwirkung an den Arbeiten zur Beschränkung der Rüstungen die Gleichberechtigung Deutschlands gefordert und wird unter keinen Umständen von diesem Wege und den erforderlichen Konsequenzen abgehen.

Die dritte Maßnahme, die in den kaum acht Wochen des Bestehens der Regierung getroffen werden mußte, war die Bereinigung der innerpolitischen Zustände, die sich als festes Hemmnis einer konsequenten und sicheren Staatsführung erwiesen haben. Der Wiederaufbau Deutschlands mit allen seinen einzelnen Aufgaben ist nicht allein ein wirtschaftliches Problem. Alle technischen Maßnahmen bleiben Stückwerk, wenn nicht der ganze, vielerzweigte Organismus des lebendigen Lebens- und Volksbaues und von dem Zukunftsglauben des Volkes erfüllt wird. Es widerspricht allen Grundgedanken der Demokratie, wenn man das deutsche Volk zum Neubau seines Lebensraumes aufruft und gleichzeitig weite Teile des Volkes, denen das Zukunftsideal einer großen und freien Nation vorwärts, bifamierte und von der Mitwirkung auszuscheiden sucht. Man kann andererseits nicht an das Werk eines Neubaus herangehen, wenn man diejenigen, die die Fundamente jeder Gemeinschaft — die Begriffe von Religion, Familie und Staat — die Grundlagen unserer ganzen Kultur zerbrechen wollen, ungehindert ihr Mißwerk treiben läßt. Die Zustände im größten deutschen Lande, in Preußen, und die Verantwortung der Reichsregierung für die Funktion dieses preußischen Staatsapparates im Rahmen der Verfassung zwangen zu einem entscheidenden Entschluß. Er ist unter Ausschaltung parteipolitischer Rücksichtnahmen gefaßt worden.

Wohin geht nun der Weg der Zukunft?

Es kommt mir hier nicht darauf an, durch die Ankündigung eines großen Programms zu werben. Programme sind dem deutschen Volk schon zu oft entwidelt worden, ohne daß ihnen die Tat gefolgt wäre. Wichtiger ist es, daß das deutsche Volk die grundsätzliche Linie erfährt, unter der die Regierung ihre Einzelmaßnahmen behandeln wird. Es wird dann in der Lage sein, an den einzelnen Entschlüssen der Regierung zu erkennen, daß nicht willkürliche und planlose Einzelmaßnahmen getroffen werden, um von Tag zu Tag neu auftretende Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise gesondert zu behandeln —, sondern zu erkennen, daß das Mißfall der Einzelmaßnahmen sich zu einem einheitlichen, wohlbedachten Plan rundet.

Die Entscheidung über zwei grundsätzliche Fragen gibt die Richtung an:

1. Wird man bei der Neuordnung der Wirtschaft den Mut haben, an die Überwindung reformbedürftiger oder überlebter Wirtschaftsformen heranzugehen?

2. Wird man bei der Führung der Wirtschaftspolitik den Mut zu einer Entscheidung finden, die in den geschlossenen Ring der widerstrebenden Interessen eine Breche schlägt, und wird man damit von der Kette der kleinen Notmaßnahmen zum planmäßigen Aufbau übergehen?

Wir müssen uns bei der Beurteilung der Wirtschaftsformen von der unfruchtbareren theoretischen Auseinandersetzung über die Begriffe „Kapitalismus und Sozialismus“ freimachen. Wir müssen zurück zu dem einfachen alten Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Unter diesem Grundsatz stellt die Regierung den Schutz des Eigentums.

Sie bekennt sich zum Gedanken der Privatwirtschaft. Die persönliche wirtschaftliche Initiative und die freie Ausübung der Rechte und Pflichten an Eigentum sind für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung unentbehrlich. Die freie Wirtschaft muß aber nach der alten Rechtsauffassung von der persönlichen Verantwortung wieder ihre Erstlingsberechtigung — ohne Inanspruchnahme öffentlicher Unterstellungen — durchsetzen. Es kann nicht die Aufgabe des Staates sein, die in der Privatwirtschaft liegenden Risiken auf den Staat zu übernehmen. Wenn aber aus zwingendem, allgemeinem wirtschaftlichen Interesse und nur in Ausnahmefällen die Stützung von privaten Unternehmungen aus öffentlichen Mitteln erfolgt ist, dann durfte dies nicht geschehen, um das Kapital des Unternehmers, sondern nur um die Produktionsstätte und die Arbeitsgelegenheit über eine Krisenzeit hinweg für das deutsche Volk zu retten. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß in solchen subventionierten Unternehmen in Zukunft keine Gehälter mehr gezahlt werden, die vielmehr in einem mit privatem Risiko arbeitenden Betrieb berechtigt sind, nicht aber in solchen Unternehmen, die mit Hilfe von Steuergebern zum Wohle der Allgemeinheit über Wasser gehalten werden. Es ist im übrigen die Pflicht der Reichsregierung, alle solchen subventionierten Unternehmen sobald als irgend möglich und soweit es ohne Verluste für das Reich tunlich ist, wieder der Privatinitiative zuzuführen.

Wenn die Aufgabe einer systematischen Behebung der Gesamtwirtschaft gelöst werden soll, dann muß eine Entscheidung gefällt werden, wo die ersten Maßnahmen angelegt werden müssen. Die Regierung hat diese Entscheidung nach eingehenden Beratungen in den letzten Wochen in dem Sinne getroffen, daß es zunächst entscheidend darauf ankommt, die Produktion der deutschen Landwirtschaft zu erhalten und sie bis zur Dedung des heimischen Bedarfs zu steigern. Das Wort „hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt“ gilt auch heute noch. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß der deutsche Landwirt in hohem Maße von der Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung abhängig ist. Deshalb wird die Regierung — soweit dies die erste Aufgabe nur irgendwie zuläßt — alle Mittel einsetzen, um die industrielle Wirtschaft zu beleben. Wir werden dabei vermeiden,

durch neue künstliche Konstruktionen die Beweglichkeit der Wirtschaft weiter zu unterbinden. Im Gegenteil: Bindungen müssen gelockert werden.

Aus diesen beiden grundsätzlichen Entscheidungen ergibt sich die Richtung, in der alle übrigen Aufgaben zu einer Lösung drängen. Die Fragen einer Verwaltungsreform zur Vereinfachung und Vereinfachung des Behördenapparats — die Fragen der Finanz- und Steuerreform, die der Kreditpolitik mit dem besonders wichtigen Zinsproblem — die Notwendigkeit einer Verflärkung der Selbstverwaltungsaufgaben der Berufshände — die neuen Formen kooperativer Selbsthilfe, wie sie im freiwilligen Arbeitsdienst begonnen wurden — alle diese Fragen, die ich hier nur als Beispiel aufzählen möchte, sind die Teile eines Planes, der den Wirtschaftsprozess neu beleben und organisch umbauen wird.

Auch die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, die die Regierung in den letzten Tagen durchberaten hat, haben nur dann einen Sinn, wenn sie in den Gesamtplan zum richtigen Zeitpunkt und nur für produktive Zwecke eingesetzt werden,

um der Wirtschaft über die schwierigste Anfangszeit einer Neubelebung aus eigener Kraft hinwegzuhelfen.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Siedlung. Die Siedlung ist ein so ernstes, für das gesamte Leben der Nation so wichtiges Problem, das es nicht angeht, mit dieser Frage Propaganda zu machen und in Millionen von Familien Hoffnungen zu erwecken, für die die wirtschaftlichen Voraussetzungen einfach nicht vorhanden sind. Die Reichsregierung hält es für viel notwendiger, ohne Rücksicht auf einen momentanen, aber vergänglichen Beifall erst einmal die Maßnahmen zu treffen, die den Siedlern eine wirtschaftliche Lebensgrundlage ermöglichen. Zu diesem Ziele hat sie bereits eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die dem Schutze der bäuerlichen Veredelungswirtschaft dienen.

Die Regierung hat durch ihre ersten Maßnahmen bewiesen, daß sie die Kraft zum Entschluß aus dem Bewußtsein ihrer Unabhängigkeit vom irgendeinem Parteilauftrag besitzt. Sie wird auch den weiteren Weg in die Zukunft nach diesem Grundsatz beschreiten.

Der neue Reichstag

Von Ministerialrat Dr. Georg Kaisenberg

Der Reichstag der VI. Wahlperiode ist am 31. Juli gewählt worden. Er setzt sich zusammen aus 607 Abgeordneten, nämlich

Vertreter folgender Parteien:	
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	250
Sozialdemokratische Partei	133
Kommunistische Partei	89
Zentrum	75
Deutschnationale Volkspartei	57
Bayrische Volkspartei	22
Deutsche Volkspartei	7
Deutsche Staatspartei	4
Christlich-sozialer Volksdienst	3
Deutsche Bauernpartei	2
Königshaus (Württembergisch)	2
Bayern-n. Weingärtnerbund	2
Wirtschaftspartei	1
Deutsches Bauvolk	1
Volksrecht-Partei	1

Das Charakteristische des Wahlganges ist, daß die Vielzahl der deutschen Parteien zurückgegangen ist, so daß jetzt nur noch mit fünf Parteien ernstlich zu rechnen ist, nämlich Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten, Zentrum (in Bayern Bayerische Volkspartei) und Deutschnationalen. Die früheren bürgerlichen Parteien, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Deutsche Staatspartei, sind so gut wie verschwunden, sie sind jedenfalls im politischen Kräfteausgleich keine Rolle mehr. Auch der Christlich-sozialer Volksdienst sowie die Deutsche Bauernpartei haben wesentliche Einbuße erlitten.

Zum ersten Male in der deutschen Parlamentsgeschichte hat eine hochpolitische Wahl in der sommerlichen Ernteeinflaubs- und Ferienzeit stattgefunden. Die Wahlbeteiligung hat darunter nicht gelitten. Im Gegenteil, die Beteiligung zeigt eine Höhe, wie sie bei deutschen Parlamentswahlen selten erreicht wurde — nämlich etwa 85,5 p. h.

Eine möglichst weitgehende Beteiligung aller Stimmberechtigten an der Wahl wurde gefördert durch die Abstimmung im Reifereifer und durch die Stimmaube an Bord der großen Seeschiffe. Die Beteiligung an der St o r b a h i (sowohl wie an der S a h m e l s w a h l war erfreulicherweise sehr gut. Durch die Bordwahlen

wurden 2297 Stimmen erspart. Auf 47 Stationen der Reichsbahn war Abstimmungs möglichkeit geboten.

Durch den Bevölkerungszuwachs und den Rückgang der Sterblichkeit ist die Zahl der Stimmberechtigten weiter gestiegen. Sie betrug beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl

(10. April 1932) 44 046 841

bei der Wahl am 31. Juli

44 046 841

oder 44,3 Millionen. Die erhöhte Zahl der Wahlberechtigten sowohl wie die erhöhte Beteiligungsziffer dürften bei der Auswertung des Stimmenergebnisses und des Stimmenergebnisses der einzelnen Parteien nicht übersehen werden. Ein Vergleich der absoluten Zahlen würde kein zutreffendes Bild von der Werbefähigkeit der Parteien und der Verchiebung der Wählermassen innerhalb der einzelnen Parteien geben. Dies ist nur möglich, wenn man die relativen Zahlen in Rechnung stellt.

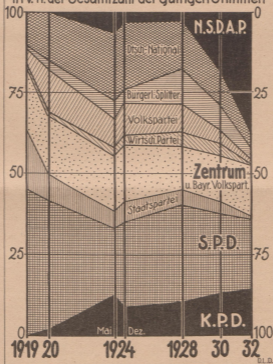
Einen zuverlässigen Vergleich für das ganze Reichsbild anzustellen, besagte besonderen Schwierigkeiten, weil die Reichswahlsergebnisse 1930 durch die inzwischen stattgefundenen Landesparlamentswahlen längst überholt sind. Zweckmäßig ist es, die Zahlen der Landeswahlen vom Frühjahr 1932 zu vergleichen mit den Zahlen vom 31. Juli. Von den 25 Wahlkreisen sind 26 an diesem Vergleich beteiligt. Es scheiden aus die Wahlkreise Thüringen, Wefer-Ems, Südhannover-Dr. Braunschweig, Westfalen-Nord, die drei sächsischen Wahlkreise Dresden-Bautzen, Leipzig, Chemnitz-Weißwasser und die Wahlkreise Baden und Mecklenburg.

Im erkennen zu können, in welchem Ausmaße die einzelnen Parteien gegenüber den Jahreswahlen 1932 zu- oder abgenommen haben, muß man den Hundertanteil der Parteien an

der Summe der Landtagswahlen mit dem entsprechenden Hundertanteil an der Summe der Reichstagswahlen vergleichen, wobei der Landtagswahlenanteil gleich 100 zu nehmen ist. Bei solcher Berechnung zeigt sich, daß die Nationalsozialisten in 18 von den 26 am Vergleich beteiligten Wahlkreisen zugenommen und in 8

Der Wille des Volkes 1919-1932

in v. H. der Gesamtzahl der gültigen Stimmen



der Summe der Landtagswahlen mit dem entsprechenden Hundertanteil an der Summe der Reichstagswahlen vergleichen, wobei der Landtagswahlenanteil gleich 100 zu nehmen ist. Bei solcher Berechnung zeigt sich, daß die Nationalsozialisten in 18 von den 26 am Vergleich beteiligten Wahlkreisen zugenommen und in 8

Der Heimatdienst

abgenommen haben. Die Sozialdemokraten haben in 15 Wahlkreisen zu, in 11 abgenommen. Zentrum und Bayerische Volkspartei können eine Zunahme in 18 Wahlkreisen verzeichnen, in 7 Wahlkreisen einen verhältnismäßigen Rückgang.

Überausend gefehlt ist die Kommunistische Partei aus der Wahl hervorgegangen. Nach den Ergebnissen der Reichspräsidentenwahlen und der Landesparlamentwahlen war ein Abflauen der kommunistischen Bewegung festzustellen. Am 31. Juli haben die Kommunisten nicht unerheblich gewonnen, und zwar bis auf Hessen-Darmstadt in allen Vergleichswahlkreisen.

Zusammensetzung des Reichstags:

Parteien	Zahl der Sitze					Zu- oder Abnahme gegenüber 1930
	1932		1930			
	überhaupt	n. B.	überhaupt	n. B.		
1	2	3	4	5	6	
Nationalsozialisten..	230	57,9	107	18,6	+ 105,8	
Sozialdemokraten..	153	21,9	145	24,8	- 11,7	
Kommunisten.....	89	14,7	77	15,5	+ 10,5	
Zentrum.....	75	12,4	68	11,8	+ 9,1	
Deutschnationale..	57	9,1	41	7,1	+ 14,1	
Bayr. Volkspartei..	22	5,6	19	5,5	+ 9,1	
Deutsche Volkspartei	7	1,2	28	4,9	- 17,5	
Staatspartei.....	4	0,7	22	5,8	- 81,6	
Christlich-sozialer Volksdienst.....	3	0,5	14	2,4	- 79,2	
Deutsche Bauernpartei.....	2	0,5	6	1,0	- 70,0	
Landbau.....	2	0,5	5	0,8	- 40,0	
Wirtschaftspartei..	1	0,1	25	4,0	- 97,5	
Landvolk.....	1	0,1	26	4,5	- 97,8	
Volkrecht-Partei..	1	0,2	-	-	+ 100,0	
Zusammen:	607	100,0	577	100,0	-	

Bei Betrachtung der einzelnen Stimmziffern ist zu berücksichtigen, daß durch den Reize- und Courtpensener eine nicht unerhebliche Verdrängung in der Bevölkerung und damit in der örtlichen Zusammensetzung der Parteien eingetreten ist. So ist der verhältnis-

mäßig starke Zuwachs der Bayerischen Volkspartei in Oberbayern und Schwaben ungewöhnlich, auf die zahlreichen Reize- und Courtpensener zurückzuführen, die ihre Stimmkraft in den bayerischen Alpen verbraucht haben. Durch die Wahlkreiswahl in Hamburg hat die Staatspartei einen Sitz in Hamburg und damit gleichzeitig einen weiteren Sitz auf Reichswahlkreislag erhalten.

Vergleicht man den Anteil der Parteien an den Sitzen im neuen Reichstag mit den Sitzanteilen auf Grund der Septemberwahlen 1930, so zeigt sich, daß alle großen Parteien bis auf die Deutschnationalen über eine proportionale Steigerung verfügen, am höchsten die Nationalsozialisten mit 105,8, dann die Kommunisten mit 10,5, die Bayerische Volkspartei mit 9,1 und das Zentrum mit 9,1 n. B.

Die Zahl der wahlwerbenden Parteien war außerordentlich groß. 22 Reichswahlkreislagen waren eingereicht und zugelassen worden. Dabei haben mehrere, in den Wahlkreisen selbständig vorgehende Parteien mit anderen Parteien gemeinschaftliche Reichswahlkreislagen aufgestellt. So waren die Deutsche Volkspartei und das Landvolk Böhme auf dem Reichswahlkreislag der Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei hatte Anlehnung an die Bayerische Volkspartei, die Volkrecht-Partei an den Christlich-sozialen Volksdienst gefunden, die Sozialistische Arbeiterpartei ließ ihre Rekrutierung an den kommunistischen Reichswahlkreislag, verschiedene kleinere Splitterparteien ihre Stimmen an die Nationalsozialisten abfließen. Alle die Heinen und Kleinen Splitterparteien gingen leer aus, ein erfreuliches Zeichen der politischen Reife des Volkes. Die Zahl der nicht verwerteten Stimmen, die 1928 noch 1 284 230 betrug, bei der Reichstagswahl 1930 bereits auf 425 631 Stimmen zurückgegangen war, ist weiter gesunken auf 407 552 Stimmen.

Die Deutsche Bauernpartei, die früher mit vier Sitzen, im letzten Reichstag noch mit drei Sitzen vertreten war, hat jetzt keinen Sitz mehr. Die Volkrecht-Partei ist mit einem Abgeordneten vertreten.

Die Zahl der weiblichen Abgeordneten ist erheblich zurückgegangen. Die Nationalsozialisten lehnen die Beteiligung der Frau im Parlament ab und haben daher auch keine Frauen als Wahlwerbenden zugelassen. Während im letzten Reichstag die 39 weiblichen Abgeordneten über 6,8 n. B. der Sitze verfügten, nehmen die 56 weiblichen Abgeordneten des neuen Reichstags nur 5,9 n. B. der Sitze ein.

Die Bewegung der Parteien

(ZiD = Landtagswahl 1932; NLD = Reichstagswahl 1932. — Berücksichtigt sind die gültigen Stimmen)

Nr.	Name	Nationalsozialistische Partei Deutschlands					Sozialdemokratische Partei Deutschlands					Kommunistische Partei Deutschlands					Zentrum u. Bayer. Volkspartei				
		n. B.-Anteil an der Summe der im Wahlkreis gültigen Stimmen bei		Zu- oder Abnahme (Spalte 5) (Spalte 3) = 100	n. B.-Anteil an der Summe der im Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen bei	Zu- oder Abnahme (Spalte 6) (Spalte 4) = 100	n. B.-Anteil an der Summe der im Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen bei		Zu- oder Abnahme (Spalte 9) (Spalte 7) = 100	n. B.-Anteil an der Summe der im Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen bei		Zu- oder Abnahme (Spalte 12) (Spalte 10) = 100	n. B.-Anteil an der Summe der im Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen bei		Zu- oder Abnahme (Spalte 15) (Spalte 13) = 100						
		ZiD	NLD				ZiD	NLD		ZiD	NLD		ZiD	NLD		ZiD	NLD	ZiD	NLD		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16						
1.	Oberrhein	45,0	47,0	+ 3,1	22,2	19,0	- 11,7	9,1	12,8	+ 40,7	7,8	7,7	+ 2,7								
2.	Besin	24,1	24,6	+ 2,1	30,2	29,6	- 7,3	29,4	31,5	+ 19,9	8,9	4,6	+ 17,9								
3.	Oberrhein II	32,0	33,0	+ 3,1	27,6	26,3	- 4,7	16,9	20,5	+ 20,1	3,9	5,2	+ 33,3								
4.	Oberrhein I	36,1	38,1	+ 5,5	26,1	26,7	- 5,0	16,9	20,1	+ 18,9	2,4	3,0	+ 25,0								
5.	Frankfurt/O.	43,8	48,1	+ 9,8	25,4	23,4	- 7,9	7,3	9,6	+ 31,5	6,2	6,3	+ 1,6								
6.	Pommern	44,2	47,9	+ 8,4	25,6	21,6	- 11,0	7,7	10,8	+ 40,3	1,2	1,5	+ 25,0								
7.	Breslau	43,2	43,5	+ 5,0	25,0	24,4	- 2,4	6,8	8,8	+ 28,4	15,3	14,7	- 3,4								
8.	Ergeb.	45,2	48,9	+ 8,2	27,6	26,3	- 4,7	6,9	7,6	+ 28,8	7,0	7,2	+ 2,9								
9.	Magdeburg	39,4	29,3	- 9,5	7,5	8,7	+ 16,0	12,2	17,0	+ 39,3	35,6	34,6	- 2,8								
10.	Magdeburg	40,1	43,9	+ 9,5	33,9	32,2	- 5,0	9,3	11,1	+ 19,4	1,8	2,0	+ 11,1								
11.	Mertelsburg	41,8	42,6	+ 1,9	18,9	19,8	+ 4,8	21,9	24,3	+ 11,0	1,4	1,6	+ 14,3								
13.	Schlesien-Schlesien	50,8	51,0	+ 0,4	37,4	26,1	- 4,7	8,9	11,7	+ 31,5	0,9	1,3	+ 33,3								
14.	Oberrhein	46,7	49,5	+ 6,0	26,1	24,5	- 4,4	6,6	8,1	+ 22,7	1,3	1,4	+ 7,7								
18.	Westfalen-Land	29,1	27,2	- 6,5	17,6	18,7	+ 6,3	16,2	20,6	+ 27,2	24,3	23,6	- 2,9								
19.	Westfalen-Land	42,1	43,5	+ 3,3	21,5	22,4	+ 4,2	9,5	10,5	+ 10,5	14,4	15,0	+ 4,2								
20.	Niederrhein	22,5	20,3	- 10,3	11,0	14,6	+ 32,7	13,0	17,6	+ 29,4	4,2	4,5	+ 8,8								
21.	Koblenz-Eifel	29,8	29,0	- 3,0	6,7	9,8	+ 31,3	6,4	8,9	+ 21,6	45,6	46,2	+ 1,3								
22.	Niederrhein	32,9	31,6	- 4,0	11,8	12,3	+ 4,2	22,7	26,2	+ 15,4	29,8	29,6	- 1,0								
23.	Niederrhein	29,0	27,0	- 6,9	9,5	10,2	+ 7,3	14,8	19,4	+ 33,8	34,1	34,1	-								
24.	Oberrhein-Schlesien	21,6	27,1	+ 1,9	13,8	15,5	+ 10,9	7,4	8,9	+ 20,3	36,9	45,5	+ 23,2								
25.	Niederrhein	21,0	20,4	- 2,9	9,3	11,2	+ 20,4	5,8	8,2	+ 37,7	47,1	48,0	+ 1,9								
26.	Franken	39,1	39,8	+ 1,8	19,2	21,2	+ 10,4	5,5	6,9	+ 25,5	25,1	24,7	- 1,6								
27.	Stoll	42,3	43,7	+ 3,3	16,1	17,6	+ 9,3	9,5	10,7	+ 13,0	23,9	23,8	- 2,1								
28.	Württemberg	39,6	39,3	- 13,9	16,5	17,6	+ 6,7	9,4	11,0	+ 17,0	21,8	21,7	- 0,5								
33.	Westfalen-Land	44,0	43,1	- 2,0	21,4	21,2	+ 29,4	13,6	10,2	- 25,0	14,3	14,8	+ 3,5								
34.	Hamburg	31,5	33,7	+ 7,0	30,5	31,7	+ 3,0	16,1	17,7	+ 9,9	1,3	2,0	+ 53,8								

Die Sowjetunion an der Schwelle des zweiten Fünfjahrplanes

Von Koberich von Ungern-Sternberg

Am 1. Januar 1953 läuft das letzte Jahr des ersten Fünfjahrplanes ab. Ursprünglich war vorgesehen, daß die erste planwirtschaftliche Periode fünf Jahre, vom Oktober 1929/30 bis zum Oktober 1932/33 während sollte. Täglich ist aber eine Kürzung auf 4½ Jahren angeordnet worden, und mit dem 1. Januar 1953 beginnt die Durchführung eines zweiten Fünfjahrplanes, dessen Ausarbeitung zur Zeit im Gange ist. Die sind nun die Ergebnisse der ersten planwirtschaftlichen Periode, deren Hauptaufgabe die Schaffung einer großen Kohlenbasis (Kobalt, Stahl, Erbsen) und die Entwicklung der Produktionsmittelindustrie und die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch eine großbetriebliche Ausgestaltung der Landwirtschaft in Gestalt von bäuerlichen Kollektivwirtschaften und großen Staatsgütern war? Zweifellos haben die Produktionskräfte des Landes in den vergangenen vier Jahren eine außerordentlich große Steigerung erfahren, und zwar in einem Tempo, das wohl einzig in der Welt dastehet. Eine enorme Zunahme der Kohlen-, Erz- und Erdölförderung, der Holzverarbeitung und der Bereitstellung zahlreicher anderer Rohstoffe hat stattgefunden, und zum Teil sind die planmäßigen Vorräte sogar sehr erheblich überzogen worden. Unter Einsatz einer riesigen Zahl von Arbeitskräften — die Zahl der Arbeiter in der Großindustrie ist von 1.921.500 im Jahre 1925 auf rd. 6.000.000 zu Anfang des Jahres 1952 gestiegen — ist auch die Industrialisierung des gesamten Landes in ungeahntem Umfange vorgetrieben worden. Eine große Zahl neuer Riesenwerke, vornehmlich der Produktionsmittelindustrie, ist entstanden oder im Aufbau begriffen. Neue Städte sind aus dem Boden gewachsen. So hatte z. B. Stalingrad (das ehemalige Jarizyn) 1926 rd. 144.000 Einwohner, 1951 294.500 (Zunahme von 104,3 v. H.), Tscheljabinsk rd. 56.900, 1951 116.900 (105,6 v. H.), Stalin (ehemalige Jadowo) 104.500, 1951 194.100 Einwohner. Die mengenmäßigen Erfolge sind demnach sehr bedeutend. Anders ist es aber in bezug auf die Qualität der Erzeugnisse bestellt, die je mehr die Industrialisierung sich der Produktionsmittelindustrie im engeren Sinne, also dem Maschinenbau, der Werkzeugherstellung zuwendet, um so unbefriedigender ausfällt. Hier ergeben sich einwirkende die allerschwersten Schwierigkeiten infolge des großen Mangels an geschulten Meistern und Technikern. Hauptproblem infolge dieses Umstandes macht die Inbetriebsetzung z. B. des Riesenautomobilwerkes in Nischni-Nowgorod seit Anfang dieses Jahres große Schwierigkeiten. Ohne fortlaufende Unterstützung ausländischer Spezialisten ist eine erfolgreiche Fortführung des Maschinenbaus, auf die die Vervollständigung des größten Wert legt, nicht denkbar. Nun sind aber gerade in letzter Zeit infolge des Rückgangs des Erlöses der sowjetrussischen Ausfuhr erhebliche Schwierigkeiten in der Beschaffung eines Teils des Gehalts ausländischer Spezialisten in ausländischer Währung entstanden. Die Kürzung des Gehaltsanteils, der in ausländischer Devisen zu zahlen ist, hat viele deutsche Spezialisten bezogen, ihre Tätigkeit in der Sowjetunion aufzugeben. Es ist dabei leider nicht ohne Reibungen mit den zuständigen Sowjetbehörden abgegangen, denn einige Industrieerwerblungen haben die Tatsache, daß das Angebot deutscher Arbeitskräfte zur Zeit überaus groß ist, dazu benutzt, um durch schärfende Maßnahmen Arbeitskräfte, auf die sie keinen Wert legen, „abzupfeifen“.

Die Industriezweige, die konsumtäre Erzeugnisse herstellen, sind im ersten Fünfjahrplan im Vergleich zur Produktionsmittelindustrie vernachlässigt worden. Hauptächlich aus diesem Grunde hat die erste Fünfjahrperiode eine Steigerung der Lebenshaltung der breiten Arbeiterschaft nicht gebracht. Wenn trotzdem gegen die Vorkriegszeit eine Besserung auch in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Industriebeschäftigten unverkennbar eingetreten ist, so ist das vor allem dem Umstand zu verdanken, daß infolge der großen Zunahme der Belegschaften die Zahl der verdienenden Familienmitglieder sehr stark zugenommen hat. Es ist heutzutage ein leichtes Beschäftigung zu finden, und Arbeitskräfte mit einiger Qualifikation erzielen sehr hohe Verdienste, Frauen und Jugendliche werden zur Sacharbeit auf jede Weise, durch relativ hohe Löhne, dazu von öffentlichen Pfeifbüchern, die den Frauen die Hausarbeit ersparen, um angetrieben. Infolgedessen hat das Einkommensbudget der Arbeiterfamilie eine sehr große Steigerung erfahren, so daß die hohen Preise auf dem freien Markt — auf den auch der Arbeiter, der den Hauptteil seiner Bedürfnisse in sogenannten geschlossenen Konsumläden bezieht, für einen Teil seiner Einkünfte angewiesen ist —, die Lebenshaltung der Arbeiterfamilie nicht beeinträchtigen konnten. Der zweite Fünfjahrplan soll nun eine entscheidende Besserung in der Versorgung mit industriellen Gebrauchsgegenständen und Dingen des täglichen Bedarfs mit Frei bringen. In den letzten Wochen hat übrigens infolge teilweiser Störungen des freien Handels

mit Erzeugnissen der bäuerlichen Betriebe, besonders der Kollektivwirtschaften, eine recht erhebliche Preissteigerung stattgefunden.

Zur Zeit bereitet die teilweise Milderung des vorigen Jahres in den südlichen und südöstlichen Teilen des Landes, vor allem in der Ukraine, erhebliche Schwierigkeiten in der Lebensmittelbeschaffung sowohl der ländlichen wie der städtischen Bevölkerung dieser Gebiete. Hier beruht auch auf dem Lande einwählend große Last, die erst durch die neue Ernte befreit werden kann. Aber trotz der Missernte in den ertragsreichen Gebieten (Ukraine, südliches Wolgaregion) ist es der Regierung im Laufe des vergangenen Winters und Frühjahr gelungen, die Städte reichlich mit Brot zu versorgen. Das verdankt sie vor allem der Tatsache, daß die Kollektivwirtschaften und die Staatsgüter den Regierungen stellen sehr erhebliche Getreidemengen abgeliefert haben. Diese beiden großbetrieblichen Produktionsformen bilden, infolge ihrer Abhängigkeit von der Regierung, eine breite und sichere Basis für eine ausreichende Beschaffung von Nahrungsmitteln. Dagegen fehlt, schon seit Monaten in den Städten sehr an Fleisch und Fett, weil in bäuerlichen Einzelbetrieben, die immerhin noch rd. 57 v. H. der Gesamtanbaufläche umfassen, in den letzten Jahren eine starke Verminderung des Viehbestandes infolge großer Schlächungen zum Eigengebrauch stattgefunden hat und die staatlichen Viehwirtschaften bisher sehr unbefriedigend arbeiten. Diesen Mangel an animalischen Nahrungsmitteln zu beheben, wird in nächster Zeit nicht möglich sein. Mit aus diesem Grunde hat die Regierung sich zu einer Freigabe des Handels mit bäuerlichen Erzeugnissen entschließen müssen.

Die Organisation der Landwirtschaft in Kollektiv- oder sozialistischen Besitz, die allmähliche Festigung des Individualbetriebes durch Überführung in großbetriebliche Wirtschaftsformen und die Auswertung dieser bäuerlichen Kollektivwirtschaften für die Zwecke einer gesicherten Lebensmittelversorgung der Städte, bereitet der Regierung noch große Schwierigkeiten und erhebliche Sorgen. Es erwies sich als recht schwierig, die einzelnen Mitglieder der Kollektivwirtschaften derart in den Wirtschaftsbetrieb einzuordnen, daß sie an dem Ergebnis interessiert sind. Zwei Tendenzen wurden hier gegenentgegen: 1. der Wunsch der weniger freibeweglichen Elemente, eine gleiche Teilung der Ernte oder der Erzeugnisse mit den kollektivwirtschaftlichen Mitgliedern durchzuführen und 2. die Notwendigkeit, die Arbeitsfreigabe des einzelnen durch Entschädigung gemäß der persönlichen Leistung anzugehen und wachzuhalten. Die Regierung fördert mit allen Mitteln die zweite Tendenz, und gemäß den entsprechenden Richtlinien soll in jedem Kollektiv eine genaue Berechnung der individuellen Arbeitsleistung und eine ihr entsprechende Vergütung durchgeführt werden. — Ferner verläßt die planmäßige Überlieferung von Erzeugnissen an die Regierungen stellen gegen Höchstpreise auch bei den Kollektiven durchaus nicht immer reibungslos. Versuche, durch Bildung verschiedener „Gonks“ das Überlieferungsproblem möglichst niedrig zu halten, haben den Ankaufstellen vielfach große Schwierigkeiten bereitet. Allerdings darf man diese Widersprüche der Kollektivwirtschaften nicht sehr hoch einschätzen, denn ihre Abhängigkeit von der Regierung ist sehr bedeutend; die Bewirtschaftung der großen zusammengelegten Flächen kann rationellerweise nur durch Maschinen erfolgen, und diese Maschinen sind vorwiegend in den Händen der sogenannten Maschinen- und Traktorenstationen, die von der Regierung eingerichtet sind. Außerdem sind die Kollektivwirtschaften vielfach an die Regierung stark verschuldet. — Aus, die Dringlichkeit, die die Regierung in der Hand hat, sind sehr bedeutend. Die Widersprüche der Einzelbauern gegen die Überlieferung von Erzeugnissen für Höchstpreise haben in den letzten Jahren wohl nachgelassen, nachdem die zungewisse Kollektivierung eingestellt worden ist, bestehen aber noch fort, was insofern von Bedeutung ist, als besonders in der Belieferung mit animalischen Erzeugnissen die Regierung auf die Einzelbauern bis auf weiteres angewiesen bleibt.

Trotz dieser unverkennbaren Schwierigkeiten, die die Einbeziehung der Landwirtschaft in die planmäßige Regelung der gesamten Wirtschaft bereitet, hat zweifellos auch die landwirtschaftliche Betriebsreform Fortschritte gemacht: die Zahl der landwirtschaftlichen Maschinen hat sehr stark zugenommen, der Ertractor, der die Bevölkerung der tieferen Schichten sehr viel rationeller als als tierische Zugkraft, findet von Tag zu Tag größere Verbreitung, die Gemüsvirtschaft in der Peripherie der Großstädte hat sehr erhebliche Fortschritte gemacht, der Ausbau von Getreide- und bessere Konzentrationenmethoden werden auf jede Weise gefördert usw.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung im Vergleich zu westeuropäischen Industriezentren noch im Rückstand ist, daß aber auf allen Gebieten der Wirtschaft Fortschritte und bedeutende Ansätze zum Ausbau der Produktivkräfte vorhanden sind.

Freiwilliger Arbeitsdienst — Schule der Volksgemeinschaft

Bilder aus der Praxis

Don K. H. Born, Leiter eines Arbeitsdienstlagers

Die Möglichkeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes haben jetzt eine erhebliche Erweiterung erfahren. Vor einem Jahr, am 5. August 1931, war die erste Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst in Kraft getreten, die den Empfängern von Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung und aus der Krisenfürsorge



Bei der Verbelebung des Ranais (Sumpfgelände Südbenig) (Bilderserie Scherl)

sowie einem Teil der arbeitslosen Jugendlichen unter 21 Jahren den Weg in den freiwilligen Arbeitsdienst frei machte. Das war ein Versuch, aber am Ende des ersten Jahres hatte dieser Versuch bereits fast 100 000 Arbeitslose erfasst. Am 1. August 1932 ist nun die neue Reichsverordnung in Kraft gesetzt worden, die es grundsätzlich allen Jugendlichen bis zu 25 Jahren ermöglichen soll, am freiwilligen Arbeitsdienst teilzunehmen. Die Förderungsdauer beträgt 20 Wochen; sie kann bei allen volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten auf 40 Wochen ausgedehnt werden. Die Ernennung des Präsidenten Dr. Brüning von der Reichskommission für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zum Reichskommissar für freiwilligen Arbeitsdienst und der Präsidenten der Landesarbeitsämter zu Bezirkskommissaren räumt ferner mancherlei Hemmnissen im Infanzuzuge aus dem Wege. Besonders erfreulich ist die einheitliche Zusammenfassung der Geldmittel.

In den Ausführungsvorschriften, die der Reichsarbeitsminister zur Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst erlassen hat, findet sich die begrüßenswerte Bestimmung: „Der Reichskommissar und die Bezirkskommissare haben Personen, Vereinigungen und Einrichtungen, die besondere Erfahrung im freiwilligen Arbeitsdienst haben, zur beratenden Mitwirkung heranzuziehen.“ Es war ein oft geäußerter Wunsch der im Arbeitsdienst tätigen Verbände, daß ihre Erfahrungen möglichst weitgehend ausgenutzt würden.

Der zahlenmäßig größte Teil der Vorhaben des freiwilligen Arbeitsdienstes wurde bisher rein örtlich abgewickelt. Fast stets handelte es sich dabei um kleinere Arbeiten der Gemeinden, der öffentlichen Körperschaften, der Sport- und Jugendvereine. Weniger zahlreich waren die Arbeitsdienstvorhaben, die sich in Gemeinschaftslagern überörtlicher Natur vollzogen, aber an der Zahl der dabei beteiligten Arbeitsfreiwilligen gemessen nahmen diese Vorhaben im Gesamtbild einen viel größeren Raum ein. Vor allem ließ sich feststellen, daß die volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten in überwiegendem Maße auf diese Gemeinschaftslager entfielen, die besonders von den großen Bänden Jungdeutscher Orden, Stahlhelm, Reichsbanner, von den konfessionellen Verbänden und der Technischen Rothilfe oder auch von eigens für den Arbeitsdienst gegründeten Organisationen durchgeführt wurden.

Die erweiterten Möglichkeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes werden die überörtlichen Vorhaben weiter in den Vordergrund treten lassen. Dazu wird ferner die Versorgung der gerade in solchen Gemeinschaftslagern geleiteten volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten bei der Förderungsdauer beitragen. Es wird niemand geben, der diese Entwicklung zu den Gemeinschaftslagern bedauert, denn eben aus ihnen haben sich die stärksten Antriebe für den Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes und die größten sozialen und arbeitsethischen Auswirkungen ergeben.

In den Arbeitsdienstlagern werden junge Menschen aus ganz verschiedenen Lebenskreisen zusammengewürfelt und müssen mit-

einander fertig werden. Langjährig Arbeitslose finden einen neuen Lebensinhalt. Städter kommen hinaus aufs Land, und sie lernen auf einmal wieder die Natur erkennen, von der sie das Pflaster und der Asphalt getrennt hatten. Draußen im Arbeitsdienst wird die gleiche Erfahrung gemacht wie einst im Graben an der Front, daß nämlich bei den verschütteten Menschen die Verbindung mit den natürlichen Kräften des Bodens nicht abgerissen, sondern nur verschüttet ist. Die ersten Lager des freiwilligen Arbeitsdienstes waren ein völliges Neuland, und auch die propagandistischen Verdächter des freiwilligen Arbeitsdienstes sind an die praktische Durchführung oft nur mit Hängen und Bangen gegangen. Lebte der Sinn für die Selbsthilfe und das unbeschwerte Zupacken auch noch in den Menschen, die seit langer Zeit aus der Arbeit herausgerissen oder überhaupt noch nie seit ihrer Kindheit in Arbeit gekommen waren? Stedte dieser Sinn noch in Menschen, die solange nur von Unterstützung lebten? Das müßte man sich fragen. Die Antwort auf die Frage hat im allgemeinen positiver gelautet, als die kühnsten Hoffnungen versprochen.

Die Vorbereiter und die Leiter von Arbeitslagern haben freilich so manches Lehrgeld zahlen müssen. Sie müssen sich nicht nur in dem zunächst sehr wilden Gestrüß der gesetzlichen Bestimmungen zurechtfinden, sie müssen Menschenkenntnis und Organisationsvermögen beweisen, sie müssen Menschen zusammenhalten können und zugleich für ihre Arbeitsfreiwilligen ja wie Soldaten um jeden Pfennig ringen. Da müßte sich ein neuer Führertyp herausbilden, der nicht auf einer Einseitigkeit von oben beruht, sondern auf der Beherrschung im täglichen Kleinkampf. Nicht umsonst haben die Jungdeutschen, die sich dieser wahrhaft kriegsähnlichen Arbeit als erste widmeten, das Wort von den „Freirotter der Arbeit“ geprägt. Nur muß ein Freirotterführer des Arbeitsdienstes noch etwas dabeisitzer sein als ein militärischer Freirotterführer. Feldwebel und Zehnmeister, Unterrichtsoffizier und Küchenunteroffizier, alles muß der Führer des Arbeitslagers möglichst in einer Person vereinigen.



Regulierung des Uferschiffbau bei Meßfen

Keystone View Co.,

Manche Hausfrau würde in ein gelindes Staunen geraten, wenn sie eine Vorbereitungs- in Arbeitsdienstagern mitmache und höre, wie der Führer über das Brot und das Fleisch, über die Kochtöpfe und Eßgeschirre, über Betten und Kleidung der Arbeitsfreiwilligen Bescheid weiß und wie er auf eine ausreichende Regelung pocht. Gehtmal wird der Etat des Lagers durchgerechnet, ob da nicht zehn Mark besser verteilt oder gar gesparrt werden können, denn es ist der Stoff eines jeden Lagerleiters, für seine Arbeitsfreiwilligen möglichst noch einen kleinen Sparzettel juristritzulegen, der ihnen am Ende der Dienstzeit etwas hilft, und sei es auch ein Groschen am Tag. Bisher fanden die Arbeitsdienstagern nach Schluß ihrer Arbeitszeit häufig sehr schlecht da, weil die Führungsdauer auf ihre „Alu“ und „Kru“ Unterabrechnung angedreht wurde. Nach den neuen Bestimmungen geschieht das dankenswerterweise nicht mehr.

Sind die Arbeitsfreiwilligen für ein Lager zusammengestellt und ihre Papiere in Ordnung, dann beginnen die neuen Sorgen des Führers, ob die Führungsdauer nun auch klappt. Meist findet sich in der Nähe der Arbeitsstelle ein Unterkunftsräumchen eine Baracke oder ein altes Bauernhaus oder vielleicht gar ein stillgelegtes Fabrikgebäude. Doch das heißt nicht alles ist fertig zum Einzug da. Ein voraussichtlicher Handwerkertrupp hat noch viel zu tun, und manches fehlende Einrichtungsglied muß regelrecht von irgendwo erbetelt werden. Das nur eben geht, wird „mit Vormitteln“ selber hergestellt. Häcker, Schneider und Kaufmannsgesellen haben schon sehr gute Herde erbaut. Ja, das Kochen ist eine der ganz großen Hauptaufgaben im Arbeitslager. Es hat sich mitunter erwiesen, daß ein arbeitsloser Hotelkoch die Küche im freiwilligen Arbeitsdienstagern nicht gut geführt hat, weil er daran gewöhnt war, aus dem Dampfen zu kochen. Das hat sich als nichtig erwiesen, wenn der heimfreiwilligen Arbeitsdienstagern gelandet war, erheblich besser gemacht. Häufig, und das ist am beliebtesten, ist eine Köchin im Lager tätig, aber man tritt sich, wenn man annimmt, daß junge Köchinnen von den Arbeitsfreiwilligen vorgezogen würden. Im Gegenteil, mit denen hat es oft sehr schnell Krach gegeben, und eine alte Köchin vom guten Schläge, das hausmütterlich fröhliche Säubern zusammenfacht, wird viel lieber gesehen. Gerade die ausgearbeiteten Arbeitsfreiwilligen sind besonders darum besorgt, daß der Schornstein auch vorfahrtsmäßig raucht. Der Küchenzettel ist bei Besuchen von Arbeitskolonnen untereinander ein Hauptgegenstand des Gesprächs, das Mittagessen natürlich besonders. Hier eine Speisekarte für eine Woche, mit dem Sonntag beginnend: Rindergulasch; Fleischkloße mit Blumenkohlgenüße; Brühkartoffeln mit Rindfleisch; Kartoffeluppe, Orliebpudding mit Stachelbeertunke; Erbsensuppe mit Schweinefleisch; Fleischklops mit Kopsalat; weiße Bohnen mit Hammelfleisch. Kein Wunder, wenn die Ernährung, vor allem auch ihre Regelmäßigkeit, bei den meisten Arbeitsfreiwilligen gut anfließt.

Man kann jedoch nicht sagen, daß die Arbeitslager nun von den freiwilligen etwa als Erholungsorte angesehen würden. Es ist viel über mangelnde Leistungen der ungenügenden Kräfte gemerkt worden, aber man kann im Durchschnitt mit 80 v. H. der Leistung von Facharbeitern rechnen, und oft finden sich bei bessere Leistungen. Die technischen Vorarbeiten haben sich an die neue Eattung von Arbeitskräften erst gewöhnen müssen, und mitunter ist das recht schwierig gewesen, doch mit der Zeit hat sich alles eingespült. Sehr lebendige Schilderungen aus diesen Erfahrungen der Praxis findet man in dem Buche „Dast an Kameraden“, das Peter Martin Kampel im Rowohlt-Verlag erscheinen liest.

Was geschieht nach Feierabend? Das ist schließlich der entscheidende Punkt für das Gemeinschaftsleben in einem Lager des freiwilligen Arbeitsdienstes, gebore es nun zu dem gedrücktesten Typ von 20-30 Mann Besatzung oder zu den Lägern von etwa 150 Mann, die ebenfalls nicht selten sind. Haben sich während der Arbeit die gefinnungsmäßigen Unterschiede vermehrt, so treten sie nach Feierabend stärker hervor. In den gefinnungsmäßig möglichst einheitlich zusammengeführten Lägern ist es natürlich nicht so sehr der Fall, insofern sind die bunt zusammengeführten Arbeitskolonnen völkergemeinschaftlich viel nützlicher. Mit der zunehmenden Zahl der vom freiwilligen Arbeitsdienstagern betreuten Menschen werden diese rechten Gemeinschaftslager im wahren Sinne des Wortes verhältnismäßig immer mehr werden. Das heißt auch diejenigen Gruppen ein, die zunächst möglichst nur Leute aus den eigenen Reihen nahmen und nicht mehr als die vorgeschriebenen 25 v. H. an Außenstehenden zuließen. Einzelne Verbände, wie z. B. der Jungdeutsche Orden, sind von vornherein bei Überlegungen, um einen kleinen gefinnungsmäßigen Stamm und seine gemeinschaftliche Bindung herum Menschen aus den verschiedensten Lägern im Arbeitsdienstagern zusammenzuführen. Da hat sich denn auch ein eigener Stil des Gemeinschaftslebens im Arbeitsdienstagern entwickelt.

Die Arbeitsfreiwilligen sind im allgemeinen für eine nur lebhafte Betreuung nicht sehr zugänglich und begehen allen pädagogischen Versuchen, die von außen her mit ihnen angefaßt werden sollen, mit ausgeprägter Abneigung. Aus ihrem Kreise selbst lassen sich viel mehr erzieherische Möglichkeiten schaffen. Es gibt immer einige darunter, die etwas erlebt haben, und es kommt nur auf den Führer an, daß er diese Erlebnisse und Erfahrungen sich auswirken läßt, nicht zu einer Volksschule, die ein Arbeitsdienstagern Lager nie sein kann, sondern zu einer hohen Schule eines gefinnenen Gemeinschaftslebens, wie es heute leider so selten ist. Daran werden auch Anregungen von außen her gern aufgenommen. So läßt sich den Paragrafen der Arbeitsdienstagernverordnung am besten genügen, in denen davon gesprochen wird, daß die Arbeitsfreiwilligen körperlich und geistig ertüchtigt werden sollen. Ein Monatsplan aus einem Lager, in dem es so gemacht wird, sei hier angeführt. Er kommt aus Niedersachsen, und zwar vom freiwilligen Arbeitsdienstagern des Jungdeutschen Ordens in Wilmjan in der Grafschaft Bentheim:



Geistliche Schulungsstunde in der Freizeit

Keystone Wien Camp.

1. 7. Besuch der Nachbarkolonne aus Hoggriede.

1. 8. Politischer Klonabend über das Wahlergebnis.

2. 8. Erster Kefe- und Disfuffionsabend über das Arbeitsdienstagern von Peter Martin Kampel.

5. 8. Vortrag eines Arbeitsfreiwilligen: „Wie entsteht eine Zeitung?“

7. 8. Sonntag, Nachmittagswanderung in das Illener Segelfluggelände, Wäberungen hinter der Elvi.

9. 8. Vortrag des Kolonnenführers: „Wäberungen hinter der Elvi.“

12. 8. Vortrag eines Arbeitsfreiwilligen: „Die Pappmüllindustrie.“

14. 8. Sonntag, Nachmittagsradfahrt über die Grenze nach Holland.

16. 8. Zweiter Kefe- und Disfuffionsabend über das Kampel-Buch.

19. 8. Vortrag eines Arbeitsfreiwilligen über die Geschichte der Grafschaft Bentheim.

21. 8. Sonntag, Gegenbesuch bei der Nachbarkolonne in Hoggriede.

23. 8. Vortrag eines Arbeitsfreiwilligen: „Die Holzfindindustrie.“

25. 8. Vortrag des Kolonnenführers: „Das richtige Benehmen im Privat- und Berufsleben“ (mit praktischen Übungen).

28. 8. Sonntag, Radfahrt nach Nordhorn.

30. 8. Vortrag eines Arbeitsfreiwilligen: „Auf Walze durch Europa.“



Breißlitzpostpaule

Jungdeutscher Orden e. V.

Außerdem an jedem Mittwoch: Politischer Klubabend (Politische Wochenberichterstattung, Ausprache, Fragenbeantwortung); an jedem Donnerstag: Umlauf der geliehenen Bücher in der Dorfbibliothek; an jedem Sonnabend: Sportausbildung. Die sonst freien Tage und Abende werden durch Sport (Freibildung, Fußballspiel, Schwimmen), durch Singen, Feste, Fiktion der Sachen, sowie Besuche bei der Dorfbewohnerung angefüllt.

Das Verhältnis der Arbeitsfreiwilligen mit der Bevölkerung ist durchgängig sehr gut. Manchmal wird landwirtschaftliche Hilfsarbeit bei Befreunden geleistet. Eine besondere Verbundenheit aber hat sich dort ergeben, wo „Frei Corps der Arbeit“ bei Naturkatastrophen helfend eingreifen konnten, bei Feuern, Überschwemmungen, Unwetter usw. So geschah es vor kurzem bei dem großen Hochwasser in der Oberlausitz, bei dem 150 Arbeitsfreiwillige aus dem Lager Preititz bei Bautzen nicht nur ihre körperlichen Kräfte

einsetzten, sondern auch eine öffentliche Sammlung für die in Not geratenen mit erheblichen Erfolgen durchführten. Bilder davon sind durch die ganze Presse gegangen. Übrigens ist das Arbeitsdienstlager Preititz dasjenige mit der ältesten Tradition. Es ist als erstes großes Gemeindefestlager des freiwilligen Arbeitsdienstes im August 1921 vom Turnaufbauverein Obere eingerichtet worden. Es führt die Regulierung des Arbeitsbuches durch, die nur während der eigentlichen Wintermonate geruht hat. Erklärlicherweise fühlten sich die Preititzer Arbeitsfreiwilligen mit großem Stolz als Pioniere eines neuen Gedankens, wie etwa die Männer von Roddath, die in der Geschichte als Pioniere des Genossenschaftswesens fortleben. Im freiwilligen Arbeitsdienst formen sich ja auch ähnliche Ideen des Einwirkens für einander wie beim genossenschaftlichen Wirken. Man soll diese für die Volksgemeinschaft schon jetzt hochbedeutenden Ideen möglichst ohne viel bürokratische Hemmungen zum Besen aller sich ausbreiten lassen!

Politische Chronik

Vom 23. Juli bis 9. August

Ausland:

Bei der Abstimmung über die Vertragsgesellschaft der Abrüstungskonferenz stimmt Deutschland zusammen mit Aukland gegen den Entz. 41 Staaten stimmen dafür, acht Staaten enthalten sich der Stimme. Darauf wird die Konferenz bis Januar 1935 vertagt (23. Juli). — Senator Borah teilt sich in einer Rundfunkansprache für die völlige Streichung der Kriegsschulden ein (24. Juli). — Kriegsminister Paul Doucorc erklärt vor dem Kongress der französischen Referenoffiziere, daß die jüngsten Abrüchre am Etat die französische Militärsache in keiner Weise beeinträchtigen (24. Juli). — Deutschland nimmt die englische Einladung, dem Konfliktstopp beizutreten, an (25. Juli). — Zwischen Rußland und Polen wird ein Nichtangriffspakt unterzeichnet (25. Juli). — Auf Beschluß der chinesischen Regierung werden die sogenannten „Vorgezählten“ an Japan zeitweilig eingestellt. Die chinesische Regierung begründet ihr Vorgehen damit, daß sie angesichts der japanischen Beschlagnahmen in der Mandchurei zu diesen Zugeständnissen nicht mehr in der Lage sei (30. Juli). — Die italienische Presse äußert sich sehr unzufrieden über das Ergebnis der Abrüstungskonferenz. Kustjeharminister Balbo droht mit dem Austritt aus der Abrüstungskonferenz (31. Juli). — In Österreich führt der langjährige Bundeskanzler und Politiker Ignaz Seipel (2. August). — Das wegen des Kaufmanne Antilepoteffolios eingehachte Militärtransitotium gegen die Regierung Poltsch wird im österreichischen Nationalrat mit Stimmeneinheit abgelehnt (2. August). — Wegen eines flaggenzwischensfalls kommt es zu einem Notenwechsel zwischen Deutschland und Polen; Deutschland weiß einen polnischen Protest zurück (4. August). — Zwischen Deutschland und Ungarn wird ein Handelsabkommen abgeschlossen (5. August). — Im Schönlandbreit wird die von der norwegischen Regierung beantragte einseitige Verfügung gegen Dänemark zum Internationalen Gerichtshof im Haag zurückgewiesen (5. August). — Zwischen Paraguay und Bolivien kommt es zu einer kriegerischen Zuspitzung in der Gran Chaco-Frage. Der Völkerrand interveniert, Deutschland schließt sich dem Schritt der Mächte an. — Japan landet neue Truppen in der Mandchurei (4. August). — Die französische Militärmächte in Polen wird am 1. August aberufen. — Der schwedische Ministerpräsident Ekman, der in die Kreuzer-Affäre verwickelt ist, tritt zurück (6. August).

Reich:

In der verfassungsrechtlichen Streitfrage zwischen Preußen und dem Reich wird der Erlass einer einseitigen Verfügung zum

Staatsgerichtshof abgelehnt (23. Juli). — Reichskanzler von Papen, Reichsinnenminister von Gayl und Reichswehrminister von Schleicher erscheinen vor dem Überwachungsaußschuß des Reichstages. Reichsinnenminister von Gayl gibt eine Erklärung ab, in der er die verfassungsrechtlichen Aufgaben und Grenzen der Justiz feststellt (25. Juli). — Ein Aufklärungsausschuß für nationalpolitische Arbeit wird ins Leben gerufen (25. Juli). — Der Luftscheinflug in Berlin und der Provinz Brandenburg wird aufgehoben (26. Juli). — Reichswehrminister von Schleicher kündigt in einer Rundfunkansprache den Umbau der deutschen Wehrmacht im Bedarfsfall an (26. Juli). — Für die Opfer des untergegangenen Segelflughiffs „Niobe“ werden im Reich Trauerferien gehalten. — Reichsinnenminister von Gayl richtet an die Unterrichtsminister der Länder ein Schreiben, in dem er die Erziehung zu Volk und Staat als die vornehmste Aufgabe aller deutschen Schulen hinstellt und die Entferrnung der Parteipolitik aus der Schule verlangt (28. Juli). — Die Neuregelung des Rundfunks wird durch einen amtlichen Erlass bekanntgegeben (29. Juli). — Für die Zeit vom 31. Juli bis 10. August einseitig wird ein politischer Burgfriede verkündet. Diese Zeit wird durch Verordnung bis zum 21. August verlängert. — Die Reichsregierung veröffentlicht zu der Reichstagswahl einen Aufruf: „Wahlrecht ist Wahlpflicht!“ Gleichzeitig läßt Reichskanzler von Papen eine Rundfunkansprache an das deutsche Volk (30. Juli). — Am 31. Juli wird der deutsche Reichstag gewählt. In mehreren Stellen des Reiches kommt es nach den Wahlen zu hitigen Terrorakten, gegen die die Regierung mit scharfen Maßnahmen in Form einer besonderen Terrorverordnung vorgeht (9. August). — Auf dem Fest der Deutschen Kameradschaft in Lötter legt die Saarbevölkerung ein Treuebekenntnis zu Deutschland ab (7. August).

Länder:

Auf der Stuttgarter Länderkonferenz wird über die künftige Politik übereinstimmend zwischen Reich und Ländern erzielt (23. Juli). — In Thüringen wird der neue Landtag gewählt (31. Juli). Durch Verordnung werden die preussische Amtsgerichte aus Sparmaßregeln aufgehoben. Ebenfalls mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 werden 28 preussische Landkreise durch Zusammenlegung eingepaßt (3. Aug.). — Der kommissarische preussische Innenminister Dr. Bracht gibt einen Erlass heraus, in dem er sich gegen die Art der parteipolitischen Betätigung von Beamten im Staate wendet (8. August).

Moselland

Von Otto Döbere.

In den letzten Jahren ist die Mosel als Ziel der Wanderer und Erholungsstudierenden immer beliebter geworden. Es hat merkwürdig lange gedauert, bis dieses idyllische Flusstal, das eines der schönsten in Deutschland ist, entdeckt wurde. Denn auch Landschaften müssen entdeckt werden, bevor ihre Schönheit in den Mund der Leute kommt. Das moderne Naturgefühl, das mit der plötzlichen in weitesten Schichten einfindenden Reifezeit des Jotaltes Rouffous zur Entfaltung kam, hat durch den Mund der Romantiker, die noch ihren nationalgeschichtlichen und seelischen Inhalt hinzutaten, dem Rhein zu einer über die Grenzen Deutschlands hinausgehenden Popularität verholfen, die jetzt fünfzigste Jahrhunderte unverdächtig angeht. Auch der Rekar wurde seit dem Zeitalter der Romantiker, die in Heidelberg eine Hochburg hatte, viel gepriesen, und selbst der Main

und die Kahn haben, namentlich durch die mit ihnen verknüpften Goetheerinnerungen, einen alten guten Ruf. Aber die Mosel, neben der Maas der bedeutendste linke Nebenfluß des Rheins, ist lange fast ganz unbeachtet geblieben. Mit einem Mal sieht man jetzt, daß das Moselland mehr ist als nur Weinbaugbiet, nämlich voller landschaftlicher Reize, die in ihrer Unberührtheit stellenweise dem Rhein noch überleben. Zwischen Koblenz und Celler ist kein einziger Ort, dessen Einwohnerzahl an 5000 herankommt. Ebenfalls mit Wein bietet einen Raum zur Städtebildung. Die Haupttreiber der Eisenbahn folgt darum auch nur bis Cochem dem Strom und geht dann über Bullay landeinwärts direkt nach Celler; nur ein gemächliches Kleinbahnnetz macht geduldig die vielen Krümmungen des Mosellandes mit. Weltabgeschieden liegen da die malerischen, traumlichen Reiser wie aus der sagenhaften guten alten Zeit in die unselige hin-

eingetrümt, mit alten Marktplätzen und Gassen, die hohen Dächer der altersschwächtigen Fachwerkbauten aneinandergedrückt, dazuweisen eine wertvolle romanische Kirche, manchmal auch ein Baumwerk aus der Römerzeit oder ein heiliger Barockplatz der Erzieher oder Kölner Kirchenfürsten und auf dem felsigen über dem Ort verläuft die Ruine einer Ritterburg; am Ufer neben dem Ort der Aufbaumanger, die Obstläge, weiter abwärts vereinigte Villen von Weinbauern und in der Häuserfront des Ortes selbst die eben-überwachten Terrassen der Gäßchen. Gleich hinter den letzten Häusern fließen die „Wingerte“, die Weinberge, den steilen Bergabhang hinauf. Am anderen Ufer fallen die felsigen waldig noch schroffer ab, und man sieht, wie vor Jahrtausenden das grüne glühende Wasser, das jetzt so geräuschlos fließt, sich seinen Weg durch die felsigen Berge des Hunsrücks und der Eifel bohrte, deren Wälder zu beiden Seiten der Moseel sich ausdehnten. Selten nur gleitet ein Stein oder ein Kalkstein durch die felsige Stille.

Viele Rheintouristen pflegten auch früher, schon, von Koblenz aus wenigstens einen Wochentag nach Cochem zu machen. Unterwegs besuchte man wohl die Ehrenburg in den Wäldern bei Brodenbach und vor allem Burg Ely, die mächtig zwischen den Eifelbergen, vom Wald umrauscht, lagert und allen Gespörzungen des Mittelalters entgegenwacht. Die Burg Cochem, die im Mittelalter entstanden war, bis sie vor einigen Jahren teilweise abbrannte, aber inzwischen wieder hergestellt ist. In dem lieblichen Kreisstädtchen Cochem, zu Füßen der eckigen Burg Cochem, verjuchte man wohl den Moselwein an der Quelle und machte sich dann wieder auf den Heimweg. Hinter Cochem wird jedoch die Mosellandschaft nicht minder reizvoll als vorher, im Gegenteil noch idyllischer. Mit dem Cochemer Krampen“ beginnen die vielen Windungen, die für die Mosel charakteristisch sind und sich bis kurz vor Trier fortziehen. Sie biegen zum Teil so weit aus, daß man bequem zu Fuß die Sehne des Bogens über die Berge gehen kann und auf der anderen Seite das Schiff wieder erreicht, das man jenseits verlassen hat. Bald nach Cochem kommt das mittelalterliche Schmuckstück Weilsheim, ein Dörfchen von wenig mehr als 200 Einwohnern. Weiter moselaufwärts auf dem anderen Ufer liegt das größere Eßiger, das bemerkenswert ist, weil es — das heute 1200 Einwohner hat — im 12. Jahrhundert einmal die Metropole eines Bundes von fast hundert Orten war, der sich zur Abwehr des Raubrittertums gebildet hatte. Nach einiger Zeit fließt links und rechts zum Fluß der Doppelort Alf-Bullay, Ausgangspunkt zu Ausflügen nach der Marienburg und dem Römerbad Betzdorf. Zell folgt, eine kleine freundliche Kreisstadt mit romanischen Seitenaltären und auffallend durch verhältnismäßig viele neue Häuser, die entlang sind, weil die Stadt wiederholt von großen Bränden heimgesucht wurde. Weiter Pänderich, Enfrich und dann Traben-Trarbach, der Hauptplatz des Weinhandels an der Mittelmosel. Weiter — an Orten vorbei, die alle ihr besonderes Buett haben und deren Namen ein Elfekt ist, das der Weinkenner mit Schamgefühl betrachtet — unterhalb der Burg Landsbut, in einem Talfehl, Bergweil, das man nicht vom Fluß aus betreten soll, weil die Moselfassade mit ihren neuen Häusern nicht zu den mittelalten Gassen und Gäßchen der alten inneren Stadt paßt. Gegenüber der Berncastel liegt Lues, der Geburtsort des gelehrten Kardinals, Humanisten und Reformators Nikolaus Cusanus, der dort im Jahre 1401 einem Moselfischer und Winzer geboren wurde, als Knabe entließ und einer der einflussreichsten Kirchenfürsten seiner Zeit wurde. Später sind wie in Neumagen, dem altromischen Nomiomagus, ein Sommerresidenz römischer Kaiser; in der Nähe auf der Römerstraße nach Noll ist die Stelle, wo Konstantin dem Großen nach der berühmten Sage ein Kreuz in den Wolken erschienen sein soll, der Inschrift: „In hoc signo vinces“, worauf er mit dem Kreuz auf der Fahne siegte und dann das Christentum als Staatsreligion annahm. Hier mehren sich die Erinnerungen



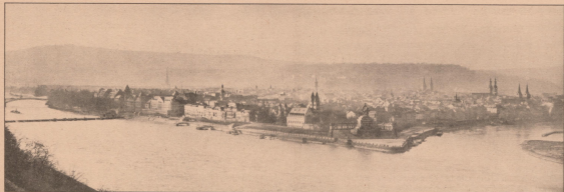
Cochem a. d. Mosel und seine Burg

Phot.: Aug. Inapp, Berlin SW 61

an die Römerzeit, wie begegnen einem Dörfchen Deyem und später einem Dörfchen Quint, das eine zehn, das andere fünf römische Miletten von Trier entfernt, dann sind wir in Pflaier, wo ein Römerpalast fand, der nachher von den frühfränkischen Königen bewohnt wurde; diese errichteten hier im 7. Jahrhundert ein Kloster, das noch heute erhalten ist. Dann wendet sich das Tal, und wir betreten Trier, die älteste Stadt Deutschlands, die „Roma secunda“ des römischen Kaiserreichs, die damalige Hauptstadt Galliens, deren Umfang fast fünfmal so groß war wie der Pompejis und dessen Amphitheater 50 000 Zuschauer faßte, das nicht nur Kaiserresidenz, sondern auch eine gewaltige römische Festung war und außerdem schon damals ein Hauptstätt der Weinhandels. In der Zeit des Zusammenbruchs des Kaiserreichs wurde die Stadt dreimal von den vordringenden Franken zerstört und niedergebrannt. Brandgeschwärtz steht heute das aus rotem Moselfandstein erbaute antike Festungsturm mitten in der Stadt; der mächtige Koloss der „Porta nigra“. Auf den Trümmern des antiken Trier, wo schon zu Anfang des vierten Jahrhunderts eine christliche Gemeinde vorhanden war, entstand die mittelalterliche Bischofsstadt, das „heilige Trier“. Die Bischofsböden von Trier regierten über eine Provinz, die sich weit über den Rhein hinaus erstreckte und zeitweise das ganze Rheingebiet mit umfaßte. Die weltliche Herrschaft in Trier und eine Reihe anderer unteren entzwickener Bauten aus der Rokokozeit im Lande drängen zeugen von ihrem Kunstsinne und ihrer Prachtliebe.

Das Trierer Land, zu dem auch das Saartal, das Runderthal und das obere Nahetal gehören, ist so sehr deutsches Grenzland gewesen. Seine geographische Lage schuf es zu einem Austauschgebiet zwischen Mittelrhein, Süddeutschland, Katalonien, Kuzburg-Belgien, dem Saargebiet und Frankreich. In der Nähe von Trier sind seit einigen Jahren Ausgrabungen im Gang, die beweisen, daß lange vor den Römern dort Germanen haften. Dort im Altstadt wurden ein umfangreicher feinstufig-gemeinsamer Tempelbezirk und dabei feinstufige Geräte und vorgeschichtliche Götterabbildungenutage gefördert. Die Treverer, die Ureinwohner des Moselraumes, von denen Trier seinen Namen herleitet, rühmten sich ihrer gemeinsamen Abstammung, und Tacitus berichtet von ihnen, daß sie wegen der „Mistifikation germanischer Abstammung überaus ehrgeizig sind und sich auch wegen dieser Größe ihres Blutes von der Art und Trägheit der Gallier unterscheiden.“ In der Römerzeit wurde das ganze Moselgebiet römisches Land. Die römischen Legionen lagen in den festungen Trier und Metz und in dem Kastell Koblenz und marschierten über die römischen Landstrassen auf dem Kamme der Moselberge. Römische Kaufleute und Beamte brachten die römische Kultur mit. Es ist viel zu wenig bekannt, daß die Gegend der Trier so etwas ist wie ein nördliches Pompeii. Die Porta nigra, die Basilika, die Reste der Kaiserbezirke, die Reste des Amphitheaters in Trier geben einen Begriff von den Dimensionen, die man da vor bald zwei Jahrtausenden gewohnt war. Die Reliefs des in Neumagen gefundenen römischen Denkmals und auf der Agler Säule sowie die in Provinzialmuseum in Trier gesammelten Funde aus der Römerzeit berichten von Leben und Treiben dieser reichen Vergangenheit, und die sogenannte Jagdvilla „Odrang“, deren Front 500 m lang war, und die römische Villa in Nennig, deren vorzüglich erhaltener Moselfußboden berühmt ist, vermitteln eine Vorstellung von der Macht des Großgrundbesitzes im spätrömischen Gallien.

Die Invasion der Römer hat für das Moselland wie für das ganze süßliche Deutschland, wozu sie als Kulturbringer kamen, ohne sich festsetzen zu können, einen außerordentlichen Nutzen gehabt. Sie lehrten den Ackerbau und die Errichtung von Steinbauten. Die meisten Handwerkszeuge und die gebräuchlichsten Geräte der Landwirtschaft haben noch heute genau dieselbe Form, wie sie die



Deutsches Elb mit Moselmündung

Phot.: H. Menzel, Koblenz

Römer mitbrachten. Und nicht nur in technischen Dingen, sondern auch in der Verwaltung hatten römische Einrichtungen eine lange Nachwirkung. So wurde z. B. sowohl in Trier als auch in Metz die Würde der Senatoren von den Römern übernommen. Weil die Römer sich durch die rings um die Stadt gelegenen Weinberge angezogen fühlten, nannten sie es ihr zweites Rom. Wenn sie auch nicht die Reben selber erst zu uns brachten, so haben sie doch zur Veredelung ihrer Pflege erzogen. Daß der Weinhandel an der Mosel schon in den Römerzeiten eine große Rolle spielte, wies durch das Namagener Relief und andere Abdarstellungen bezeugt. Das Weinbaugebiet an der Mosel ist das älteste in Deutschland. Die Moselweine sind wegen der Zusammenfassung ihrer Säure und Salze und wegen des verhältnismäßig geringen Alkoholgehaltes besonders bekömmlich, und tatsächlich sind

alte rüstige Winger an der Mosel keine Seltenheit. Vorwiegend wird an der Mosel die Rieslingtraube angebaut, die den Qualitätswein liefert. Die Bodenart kommt dem Riesling zugute. Sie besteht größtenteils aus Schiefer, der die Sonnenstrahlen auffängt und zurückstrahlt und die Feuchtigkeit festhält. Zahlreiche Weinmarken von der Mosel haben Weltren, z. B. der Berncasteler Doktor, der Zeltinger Schloßberg, der Wehlener Sonnenberg, das Erdbener Treppchen, der Urziger Würzgarten, das Piesporter Goldtröpfchen, der Crittenheimer Laurentiusberg usw. Aber es ist eine mühselige und nur in besonders guten Jahrgängen gewinnbringende Arbeit, die mit der Bewattung der Rebhölzer, der Schädlingbekämpfung und der Behandlung dieses Saft gewordenen Sonnenlichtes verbunden ist und wozu ein erheblicher Teil der Bevölkerung lebt an den Ufern der Mosel, in diesem schönen, noch nicht vom Fremdenverkehr überlaufenen Gebiet unseres Vaterlandes.



Weinbaugebiet bei Moselstein

Phot.: H. Groß, Bonn



Teil a. d. Mosel

Phot.: H. Groß, Bonn

Zur Zeitgeschichte

Bundeskanzler Seipel †

Österreich hat eine seiner markantesten politischen Persönlichkeiten verloren: Am 2. August erlag der Dräht Janaz Seipel im 57. Lebensjahre einem langwierigen Leiden. Ein unermüdlicher Kämpfer des Geistes ist mit ihm dahingegangen. Ein Mann, dessen Sinn nicht nach irdischen Gütern fand; bis an sein Lebensende blieb er persönlich einfach und bedürfnislos. Stark im Glauben und Willen, wurzelt als Sohn der katholischen Kirche, diente er seinen Ideen unter feinem Einsatz seiner gesamten Persönlichkeit. Priester und Doktor der Theologie, Gelehrter und Universitätsprofessor, Minister für soziale Fürsorge im letzten Kabinett der habsburgischen Monarchie; nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges Abgeordneter und Führer der Christlich-sozialen Partei, Bundeskanzler und Außenminister — er hat ein Leben intensiver Arbeit geführt, ein Leben, reich an Kämpfen, an äußeren Ehren, Macht und Einfluß, groß im Streben und Wirken. Etwa neun Jahre, von 1921 bis 1930, fand er, ein Meister in der Kunst des politischen Schach-

spiels, an der Spitze der Christlich-Sozialen. Aber fünf Jahre hat er als Staatsmann hohen Ranges und unbestreitbarer Auktorität — 1922/24 und 1926/29 Bundeskanzler, 1930 Außenminister — die Politik Österreichs geleitet, sich bemüht, die Befehle seines unglücklichen Landes und Volkes, nicht immer erfolgreich, seinen Absichten gemäß zum Besseren zu formen. Das Lebenswerk dieses Mannes wird in seiner Totalität und seiner herben Tragik nur erfassen können, wer sich der ungeheuren Schwierigkeiten bewußt ist, mit denen das durch den Diktaturfrieden von St. Germain verwickelte und unterdrückte Österreich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, außenpolitisch, innenpolitisch und wirtschaftlich, zu kämpfen hat. Seipel hat sein Bestes an die innere Konsolidierung und äußere Verteidigung des von Mäkten hart bedrängten Landes gesetzt.

Sein Wirken und Streben gehört der Geschichte an. Kommende Geschlechter, entrückt dem Getriebe und der qualvollen Herrissenheit unserer Tage, werden seine Arbeit gerechter würdigen können, als wir es vermögen.

Dr. Sch.

Zum 26. Juli

Unsere „Mobe“ zum Gedächtnis

Auf dem Grunde der Offize, nicht weit vom fahnenbelt-feuerschiff, liegt das Segelschiff „Mobe“, und mit ihm ruhen auf dem Meeresgrunde 69 junge, hoffnungsvolle Menschenleben. Trauer erfüllt die Reichsmarine, erfüllt sich in unserem Vaterland, in dessen Brust ein deutsches Herz schlägt.

Wir sehen im Geste die dahinjegeln, zu schmüdes Schiff! Schon nahezu zehn Jahre hast du unseren Nachwuchs getragen und manchem Sturm selbst in der Biscaya standgehalten. Der zukünftige Seefoffizierjahrgang 1932 ist dir seit dem 1. Juli anvertraut, mit ihm eine Reihe von Sanitätsoffizier- und Unteroffizieranwärtern. Ein schöner Wind weht, mit dollen Segeln ziehst du ruhig deine Bahn. Die Wache ist aufgezent, um die Obersegel zu bergen, da ein Gewitter am Himmel steht. Nun soll sie Obzeig empfangen. Da bricht über das Schiff heimtückisch eine schwere Fallbö herein, hart legt es sich auf die Seite, immer tiefer; alles hält sich fest, um nicht über Bord gerissen zu werden. „Beide Wachen auf zum Manöver“, ertönt es über Deck. Doch ehe die übrigen nach oben eilen, ehe noch weitere Befehle ausgeführt werden können, liegt die „Mobe“ auf der Seite und kentert. Ein Wert weniger Seefanten!

Die Macht der Elemente, die sich wieder einmal stärker zeigen als alles menschliche Können, hat Menschenlump befestigt. Nur 40 werden von dem herbeieilenden Dampfer „Theese Ruß“ und der feuerschiffbefugung gerettet.

Fahlflossen geben die Flaggen! Tiefes Hergesehzt zieht ein in so manches Mutter- und Vaterherz! Unsere Gedanken sind bei euch, die ihr des Opfer bringen müßtet, das der Seemannsberuf eures Sohnes von euch forderte.

„Ihr Opfer weist uns den Weg!“ Wir bekennen uns zu diesem stolzen Satz des Reichswehrministers. Macht sinnlos ist des Opfer gebracht. Unser Seemannsberuf braucht Männer, die gerade die Tugenden besitzen, die von einem richtigen Seemann gerühmt werden: Mut, Entschlossenheit, Einsatzbereitschaft, schnellen Blick und „Zufassen!“ Unsere Zeit braucht solche Männer mehr denn je, die mutig dem unentrinnbaren Schicksal die Stirn bieten, die alles einseifen für unser Vaterland! Wir werden euch Toten von der „Mobe“ nicht vergeßen!

Wachmann,

Korvettenkapitän im Reichswehrministerium.

Wie sich die Reichsausgaben verteilen

Die Not des Volkes spiegelt sich in der Finanzwirtschaft des Reichs mit aller Deutlichkeit wider. Das gilt für die Einnahmen sowohl wie für die Ausgaben. Schrumpft das Masseneinkommen, sinken Produktion, Umsatz, Verkehr, Verbrauch, so nehmen auch die Erträge der öffentlichen Hand aus Steuern und Zöllen in annähernd gleichem Tempo ab. Umgekehrt wächst unter dem Druck der Not die Beanspruchung der öffentlichen Kassen. In zersetzender sinnfälliger Form zeigt unser Bild die Verteilung der Reichsausgaben auf die einzelnen Zweige. Da ist zunächst der Beitrag für die Kriegsgewinnsteuer, für die Unterhaltung der Kriegsschiffslagen und Kriegshinterbliebenen. Mit dieser Ausgabe erfüllt das Reich eine selbstverständliche Ehrenpflicht. Noch größer aber ist der Anteil der Ausgaben für das Wohlfahrtswesen im weitesten Sinne — in diesem Umfang eine unentbehrliche Folge der allgemeinen Wirtschaftskrise. Es handelt sich hier vor allem um die Aufwendung für die Arbeitslosenversicherung, für die Sozialversicherung, für allgemeine Wohlfahrtszwecke und das Gesundheitswesen. Ein böses Erbe des Krieges sind ferner die inneren und äußeren Kriegslagen. Das Zwangssystem der Reparationen allerdings, das das deutsche Wirtschaftsleben vollends zu erlöden drohte und jahrelang die Einstellung von Milliardenposten ins Reichshaushalt erforderlich, ist gesunken. Der Lebenskampf wenig ins Bewußt fallen demgegenüber vor allem die Aufwendungen des Reichs für die allgemeine Verwaltung.

Sparmaßnahmen haben diesen Posten in den letzten Jahren erheblich gekürzt, und die Bemühungen um weitere Verminderung der öffentlichen Ausgaben sollen auch in Zukunft nachdrücklich fortgesetzt werden.

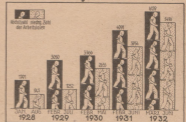
Von 100 RM Ausgaben des Reichs werden ausgegeben (Haushaltsplan 1932):



Die Arbeitslosigkeit und ihre Überwindung

Was sich seit Jahr und Tag auf dem Arbeitsmarkt abspielt, ist eine Tragödie breiter Volksmassen, zunächst für die unmittelbar betroffenen, dann hinaus aber für die Volksgemeinschaft, die die ungeliebten Kosten der Erwerbslosigkeit trägt. Sorgenvoll richten sich die Blicke aller Deutschen immer von neuem auf die Höhen der Arbeitslosigkeit, die einem Pegel vergleichbar, den Stand der Not angeben. Noch scheint der Höhepunkt nicht erreicht zu sein. Noch lagern die Schatten einer ungemindert schweren Wirtschaftskrise über dem Arbeitsmarkt in seiner ganzen Ausdehnung. Zwar hatte wie unser Bild zeigt, die Zahl der Erwerbslosen seit März 1932, mit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit also, bis Ende Juni abgenommen; aber der Rückgang ist geringer als in den Vorjahren. Seit dem winterlichen Höchststand bis zum Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit im Sommer betrug die Abnahme 1930: 21,7 v. H., 1931: 20,8 v. H., 1932 nur 10,7 v. H.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes



Geleistete Arbeitsstunden in v.H. der möglichen:



Seit 1928 ist das Heer ohne Arbeit gewachsen, von Jahr zu Jahr hat es neuen Zug erhalten, erst Tausende und Zehntausende, dann Hunderttausende und Millionen. Die Durchschnittszahl der Arbeitslosen in den letzten Jahren verdeutlicht diese unheilvolle Entwicklung. Sie beläuft sich:

1928	auf 1,38 Millionen,
1929	„ 1,92 „
1930	„ 3,14 „
1931	„ 4,27 „

Nach einer Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung wird die Arbeitslosenziffer im Durchschnitt dieses Jahres etwa 6 Millionen erreichen.

Die entschlossene Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und aller ihrer Folgen ist darum heute mehr denn je das Gebot der

Stunde. Sie ist zur dringlichsten, aber auch zur schwersten Aufgabe der Wirtschaft- und Sozialpolitik geworden. Alle zu Gebote stehenden Mittel werden ausgeschöpft werden müssen, um dem Massenelend zu begegnen. Wichtigste Maßnahmen sind bereits in Angriff genommen worden: Ausbau und Neuordnung des freiwilligen Arbeitsdienstes, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, für das zunächst 153 Millionen RM. verfügbar gemacht worden sind. Weitere Hilfsmaßnahmen des Reichs stehen bevor. Sie dienen alle dem einen großen nationalpolitischen Ziel: das ungeheure Heer der Arbeitslosen allmählich wieder in das Erwerbsleben zurückzuführen, dem Leben der Notleidenden wieder Zweck und Sinn zu geben und das gesamte Wirtschaftsleben aus dem verhängnisvollen Zustand der Empörung zu erlösen. Zur Erreichung dieses großen Endziels ist die Anwendung jedes Mittels recht und geboten.

Reichsdeutsche Siedlungsarbeit in Kärnten.

Die Ansiedlung reichsdeutscher Landwirte im gemischtsprachigen Gebiet des österrheinischen Bundes- und Grenzlandes Kärnten (schreit von Jahr zu Jahr erfolgreich fort. Trotz der Umwälze der landwirtschaftlichen Verhältnisse haben unter der Leitung des in Kärnten nordöstlich arbeitenden „Kärntner Heimatbundes“ Reichsdeutsche in diesem Lande bisher 4811 Joh. Boden für die Gesamtsumme von 4 992 000 Schilling erworben. Von diesen fällt das Meiste auf den gemischtsprachigen Teil Kärntens. Während es vor zehn Jahren in diesem Gebiet noch seinen einzigen reichsdeutschen Siedler gab, finden wir solche heute schon fast in allen Gemeinden und Pfarren. Einschließlich der Familien dürfte die Zahl der reichsdeutschen Siedler etwa 1000 Köpfe ausmachen. Zum Beispiel zählt die kleine gemischtsprachige Pfarre Rintzen bei Bleiburg, hart an der slowenischen Grenze, schon 20 meist evangelische reichsdeutsche Siedler, was für diese 500 Seelen umfassende Gemeinde einen hohen Prozentsatz bedeutet. Diese reichsdeutschen Siedler sind mit Rücksicht auf die nationalpolitischen Verhältnisse in diesem Gebiet nicht nur von großer kultureller Bedeutung, sondern gehen in ihren Arbeitsmethoden und Arbeitsenergie auch den benachbarten deutschherrschenden Wirtschaften als Vorbild rationaler Bewirtschaftung. Im großen und ganzen können nahezu alle reichsdeutschen Siedler auf einen solchen Erfolg ihrer Siedlungsarbeiten blicken, wenn freilich auch die allgemeine Krise der Landwirtschaft erfolgt hat.

Mit erhöhter Aufmerksamkeit wird sonderbarerweise erst in den letzten Jahren diese Tätigkeit des „Kärntner Heimatbundes“, die Nachfolgerin jenes Heimatdienstes, der vor Jahren die Vorbereitungen zur Kärntner Volksabstimmung geleitet hat, von der Organisation der nationalen Slowenen Kärntens verfolgt, die in ihrem Organ schon in Alarmartikeln von der „Germanisierung“ des Landes spricht. (Bekannt ist, daß die Mehrheit der „windischen“ Bevölkerung Kärntens bei der seinerzeitigen Volksabstimmung für Deutschösterreich gestimmt hat, während nur ein relativ kleiner Teil sich für Süßslawen entschied.) Die nationalslowenische Seite verteidigt bei den letzten Landtagswahlen (1950) auf ihre Weise etwas über 9000 Stimmen, hat also im Kärntner Landtag unter 36 Abgeordneten nur zwei Vertreter sitzen.) Daß dieser Vorwurf der „Germanisierung“ ungerechtfertigt ist, geht schon aus der Tatsache hervor, daß Grund und Boden im Lande vollkommen frei erworben wird und diese Erwerbung sich eben auf Deutsche, wie slowenische Wirtschaften erstreckt. Auch von slowenischer Seite jenseits der Grenzen werden Mittel mobilisiert, um für nationalslowenische Zwecke Boden in Kärnten zu erwerben.

Ein sehr wichtiges und vom theoretischen Standpunkt interessantes Problem ist die Einföhrung des zum Teil norddeutschen Leiharbeiterwesens nach Nord und Süd, die Notwendigkeit, gerade auch die psychologischen Voraussetzungen zu schaffen, die ein gegenseitiges volles Verleben bedingen. Diese Aufgaben zu lösen ist, wie das praktische Beispiel in Kärnten zeigt, die erste Voraussetzung für jede Anflüßarbeit.

Dr. P. Aler.

Die britische Reichskonferenz in Ottawa

Am 21. Juli ist in Ottawa, der Hauptstadt von Kanada, eine Konferenz des britischen Empire eröffnet worden. Zweck der Konferenz ist in erster Linie der enger wirtschaftliche Zusammenschluß des Empire, aber nicht in dem Sinne der Schaffung eines inter-imperialen „autarken“ Wirtschaftsraumes mit Niederlegung der Zollbarrieren zwischen den einzelnen Reichsteilen und Errichtung einer geschlossenen Zollbarriere gegen das Ausland. Ein solcher Gedanke, der angesichts der gewaltigen und vielseitigen Hilfsquellen in den einzelnen Teilen des Reiches diesem allerdings eine von den übrigen Wirtschaftsmächten nahezu unabhängige Stellung gewähren und auch politisch von weittragenden Folgen sein würde, liegt heute nicht mehr im Bereich der Möglichkeit. Weder kann

das Mutterland England auf den Handel mit den nicht zum Empire gehörenden Ländern, die ihm 60 v. H. seiner Ausfuhr abnehmen, verzichten, noch ist es in der Lage, seinerseits den Zulieferern des „Dominions“ hundertprozentig in sich aufzunehmen. Die Idee eines „autarken“ britischen Imperiums mag noch zu Anfang dieses Jahrhunderts verwirklichtbar gewesen sein, sie ist es nicht mehr, seitdem der Weltkrieg auch in den Dominions Industrien hat entstehen lassen, die über den Absatz im Inland hinaus auf die Ausfuhr angewiesen sind.

Enger wirtschaftlicher Zusammenschluß kann daher nur einen zufälligen Warenaustausch bedeuten, dem man durch Befreiung von Zöllen und anderen dem Handel verteuern den Abgaben ersparen kann sowie die Sicherung der Rohstoffbasis für die eigene Industrie zum Nachteil derjenigen des Auslandes. Ob daneben eine beschränkte Ableitung des von den einzelnen Reichsteilen bisher ohne einheitliches Ziel entwickelten Ausfuhrhandels in neu-geschaffene oder freigelegte interimistische Kanäle möglich ist, ist mehr als zweifelhaft. Bei den so außerordentlich verschieden gearteten Verhältnissen in den einzelnen Dominions ist jedenfalls, selbst den besten Willen aller Beteiligten vorausgesetzt, eine Lösung dieser Probleme nur langsam und elappenweise erreichbar.

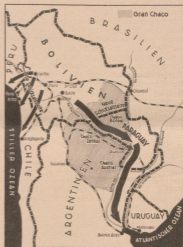
Die Konferenz der Dominionen in Ottawa beschränkt sich aber nicht auf diese Fragen. Anders mitohens ebenfalls komplizierte Dinge, wie die Gewährung von Exportprämien, die Erhebung von Anti-Dumpingzöllen, die Einmürrung der Meißelbegünstigungsklausel auf bestehende Präferenzverträge, die Wiederherstellung des vor dem Kriegsausbruch bestehenden Preisniveaus und endlich die Frage der Zweckmäßigkeit der Stabilisierung der mannigfachen, innerhalb des Empire bestehenden Währungen und ihr Verhältnis zum englischen Pfund stehen ebenfalls auf der Tagesordnung. Erst nach Abschluß der Konferenz wird zu überlegen sein, wie weit ihr Ergebnis über das britische Imperium hinaus die Welt und die Weltwirtschaft berührt.

Et.

Der Kampf um den Gran Chaco

Als das spanische Kolonialreich in Südamerika im ersten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts zerfiel und einer Reihe kleinerer und größerer Republiken Platz machte, wurden die Grenzen zwischen diesen neuen Staaten, schon aus geographischer Unkenntnis, nur unvollkommen festgelegt. Daraus sind die vielen südamerikanischen Grenzkonflikte erwachsen, deren bedeutendster der Kampf ist zwischen Bolivien und Paraguay um den Chaco, richtiger gesagt um den Chaco Boreal, den nördlichen Teil dieser riesigen Ebene; der mittlere und südliche Chaco nämlich gehören unbestritten zu Argentinien.

Im Jahre 1929 bis in das Jahr 1930 hinein ein bestand bereits ein halber Krieg wegen des nördlichen Chaco, er wurde dann aber durch Vermittlung des in Washington gerade tagenden pan-amerikanischen Kongresses abgebrochen, und am 4. April 1930 wurde in Montevideo ein Abkommen zwischen den streitenden Mächten zur Beilegung des Konflikts unterzeichnet, das Paraguay im wesentlichen im Besitz des Chaco Boreal beschick. Jeder Kenner der Verhältnisse wußte jedoch, daß damit nur ein Provisorium erreicht war, denn Bolivien ist der Überzeugung, daß sein Lebensinteresse in Frage steht. Es ist der Drang zum Meer, der Bolivien vorwärtspeilt, ein Antriebe, der zu allen Zeiten im Staats- und Völkerverleben die größte Rolle gespielt hat. Bolivien mußte 1884 nach dem sogenannten Salpeterkrieg, dem es zusammen mit Peru gegen Chile durchkämpfen hatte, seine pazifische Küstenprovinz Antofagasta an Chile abtreten und verlor dadurch den Zugang zum Meer. Es hoffte dann immer noch Jahrzehnte lang, nördlich davon, bei Tacna und Arica, einem nach dem Salpeterkrieg zwischen Chile und Peru strittigen Gebiet, ans Meer zu kommen, aber als endlich Juni 1929 die Einigung



Das Gran Chaco-Gebiet

zwischen den vier feindlichen Lebensinteressen in Frage steht. Es ist der Drang zum Meer, der Bolivien vorwärtspeilt, ein Antriebe, der zu allen Zeiten im Staats- und Völkerverleben die größte Rolle gespielt hat. Bolivien mußte 1884 nach dem sogenannten Salpeterkrieg, dem es zusammen mit Peru gegen Chile durchkämpfen hatte, seine pazifische Küstenprovinz Antofagasta an Chile abtreten und verlor dadurch den Zugang zum Meer. Es hoffte dann immer noch Jahrzehnte lang, nördlich davon, bei Tacna und Arica, einem nach dem Salpeterkrieg zwischen Chile und Peru strittigen Gebiet, ans Meer zu kommen, aber als endlich Juni 1929 die Einigung

zwischen Chile und Peru perfekt wurde — Caena fiel an Peru, Arica blieb chilenisch —, war ihm auch die Hoffnung genommen. Nun mußte es, endgültig zum Pazifik vertrieben, seine Blöße nach Osten, nach dem Atlantik, richten, um so mehr, als es inzwischen durch seine Bodenschätze vor allem Silber, Zinn und Kupfer, zu einem der wichtigsten Länder Amerikas geworden war. Als Binnenland glaubt dieser wirtschaftlich sich außerordentlich entwickelnde Staat nicht länger erstickern zu können. Und wenn auch in der Distanz der Atlantik wesentlich weiter abliegt als der Pazifik, so ist im Grunde der Drang nach dem Ofen geographisch natürlicher für Bolivien als der nach dem Westen, weil es nämlich, im Gegensatz zu Chile, das aus Gebirge und wüsthcher Tiefebene besteht, aus Gebirge und östlicher Tiefebene zusammengesetzt ist. Es drückt sich ein Lebensfluß des Paraguay ist, der wieder in den Paraná fließt erzieht. Alle diese Flüsse gebären zum ka-Plata-Stromsystem, der neben dem Amazonasstrom zusammenhängende Atlantikorientierung in Südamerika. Und da der Chaco Boreal südlich begrenzt ist vom Parana, östlich aber vom Paraguay, so bedeutet der Kampf Bolivians um diesen Chaco nichts anderes als den Kampf um den ka-Plata. Das ausführende Bolivien, von seiner alten positiven Schicksalsseite gelöst, sucht sich eine neue atlantische Schicksalsseite zu zimmern. Es ist aber klar, daß dies nicht nur auf die Gegenwehr Paraguays stößt, das nachdem um eines Tages der Chaco Boreal genommen wäre, überhaupt ausgeliefert sein würde dem sehr viel mächtigeren und volkreicheren Bolivien, sondern auch auf den Widerstand der alten atlantischen Staaten Südamerikas, Argentinens, Brasiliens und Uruguays: sie können nicht wünschen, einen neuen, feind energischer und unruhigen Konkurrenten zu erhalten. Deshalb erklären sie sich auch einhellig gegen die bolivianischen Ansprüche. Charakteristischweise hat Bolivien jetzt betont, es werde, wenn es doch durch diesen gemeinsamen Widerstand, der sich in der panamerikanischen Union konzentriert hat, zunichtemachen müßte, die Caena Arica-Frage wieder aufkündigen, ein Beweis, wie sehr bei seiner Affektion der Drang zum Meer die Triebfeder ist. Das Chaco Boreal-Gebiet, das man vor kurzer Zeit noch für nahezu wertlos hielt, hat freilich auch an sich eine nicht unerhebliche Wirtschaftsbedeutung. Man wird den Nachdrücken, daß hier ausgedehnte Erdöl-lager vorhanden sind, vertrauen dürfen, denn die geologischen Voraussetzungen liegen dafür vor. Ein großer Reichtum ist auch das Quebrachoholz; es liefert den besten Gerbstoff. Schon dieser wirtschaftlichen Werte wegen dient Paraguay nicht an einem Dergicht. Und es setzt gegen die bolivianischen Machtansprüche eine große Dergangende; es betrachtet sich nicht als ein Gebilde, das man einfach in die Erde drängen kann. Hier bestand über hundertfünfzig Jahre bis 1768 der berühmte Jesuitenstaat, der die Indianer zivilisierte, und hier kämpfte beinahe sechs Jahre, 1865 bis 1870, der Diktator Lopez in einem heroischen Krieg gegen Argentinien, Bolivien und Uruguay um den ka-Plata und damit um den offenen Atlantik. Die ungeliebte Wucht des emporkommenden Bolivien, der frizerische Geist des Volkes von Paraguay, dahinter die Möglichkeit einer Umwälzung der gesamten südamerikanischen Gleichgewichtslage — es ist kein beliebiger Grenzkonflikt, den wir in dem Streit um den Chaco Boreal vor uns sehen. Adolf Grabowsky.

Blick in die Bücher

Georg Schmidt-Rohr: „Die Sprache als Wäberin der Völkcr.“ Verlag E. Diederichs, Jena 1932 (Schriften der Deutschen Akademie Nr. 12).

Jede Sprache, weiß Schmidt nach, lehrt ihre Sprecherhaft nicht nur eine besondere Art des Denkens, sondern auch des Empfindens, Wertens und Handelns. Die stillschweigende Voraussetzung einer einheitlichen Begriffs- und Vorstellungswelt, für die die verschiedenen Sprachen nur Kennzeichensysteme für ein und denselben Begriffs- und Vorstellungswelt bedeuten, wird nach Grund und erst. Erst jetzt läßt sich bei wesen, weshalb eine Verständigung zwischen den Völkern über eine gewisse Grenze hinaus unmöglich ist und nicht vom guten oder schlechten Willen der Beteiligten abhängt; die speziellen Gefahren der Zweisprachigkeit werden in ihrer ganzen Schwere aufgeführt; Probleme wie das Übertragen von Schriftwerken in fremde Sprachen, oder die Schöpfung von Kunstsprachen werden an ihrer Wurzel gepakt; Hochsprache und Mundart, Schriftbarkeit und Wertung der Sprachen, die Bedeutung des Fremdworts, stilistisch-syntaktische und sprachgeschichtliche Fragen werden erörtert — wir können leider nur mit ein paar wählürdigen Stichworten den inhaltlichen Reichtum des Buches andeuten. Und dabei sind die Sprachkapitel nur ein Teil des Ganzen. Wenn der Verfasser der Sprache einen so einzigartigen Einfluß auf die Bildung von Völkereigenschaften beimißt, so muß er sich folgerichtig mit allen anderen die Volkwerdung mitbestimmenden Kräften auseinandersetzen. Gerade er, der den Einflüssen des Blutes an vielen Stellen seines Buches gerecht zu werden versucht, ist besonders dazu berufen, die heute stimmungsmäßig vertriebenen Überwinder des Zeitalters auf ein vernünftliches, gesittetes Mäß zurückzuführen. Er kämpft gegen die Verortung des Staatsgebauens und für eine Volkstumspolitik, die in der Sprachgrenze die „Grenze des nationalen Ethos“ erblickt. Er sucht den religiösen Spannungen im deutschen Volke gerecht zu werden und behandelt in den Schlußkapiteln die Selbstzerlegung unseres Volkes, aber neben die unbeierite Kritik tritt der erfreuliche Glaube an neue Gestaltungsöglichkeiten, deren Anhalt er in der bündischen Bewegung der letzten Jahrzehnte erblickt.

Dem Leser dieser Seiten mag es vielleicht erscheinen, als ob solche und ähnliche Gedanken schon in mancher kulturpolitischen Skizze der Gegenwart ausgiebig genug erörtert worden seien. Das kann nicht geleugnet werden, aber wie sie bei Schmidt behandelt, wie sie zu einem ideal-praktischen Ideengebäude zusammengesetzt werden, das ist eine einzigartige, in einer kurzen Besprechung gar nicht anzudeutende Leistung. Wenn irgendetwas, so hat in Schmidt das Gedankenang der deutschen Frontgeneration, dieses einzige und wahrhaft revolutionäre Gedankenang unseres Jahrhunderts, den vollkommnen Ausdruck gefunden. Nicht als Programm, nicht als abschließende Deurteilung dessen, was übernommen werden muß, sondern als geistige Tat in des Wortes verwegenerer Bewegung. Ein es zwar in erster Linie und mit vergeblicher Liebe der eigenen Nation und ihrer Zukunft dienen will, gleichzeitig aber auch allen anderen Völkern die Brücke zur tieferen Erkenntnis ihrer selbst schlägt.

Das Buch über 400 Seiten starke, drucktechnisch hohe Anforderungen stellende Werk in diesem Jahre zu dem vorbildlich niedrigen Preise von 9,80 M.M. erscheinen kann, ist in erster Linie der Opferwilligkeit des Verfassers und des Verlages E. Diederichs, Jena, zu danken; die Drucklegung wurde aber nicht zuletzt dadurch ermöglicht, daß die Deutsche Akademie und die Vorkommenschaft deutscher Wissenschaftler ideell und materiell für die Herausgabe eintraten.

Dr. Franz Thiesfelder, München.

Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen. Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsunterwühlung und Erwerbsgelegenheit von Oberpräsident a. D. Dr. von Arnim und Dr. Gerhard Schrad. Mehr Abbildungen im Text, 170 Seiten. Preis 8 M., geb. 9,50 M. Verlag von Gustav Fischer, Jena.

In eingehenden Untersuchungen stellen die beiden Verfasser fest, wie der Bevölkerungsstand, die Bevölkerungsverteilung, die Berufsgliederung, wie die Bevölkerungsbewegung, vor allem die Abwanderung in Ostpreußen sind. Sie stellen fest, welches die Grundlagen der Wirtschaft sind, und sie beschäftigen sich mit großer Sachkunde mit dem Hauptwirtschaftszweig, der Landwirtschaft, in Ostpreußen und geben eine Reihe von hochinstruktiven Karten bzw. graphischen Darstellungen und Tabellen, die über die Grundbesitzverteilung und anderes mehr unterrichten. Sehr interessant ist das Kapitel über agrarpolitische Mittel gegen die Abwanderung und über die Verhältnisse im landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt. Wichtigste in diesem Buch aber ist die im letzten Kapitel gemachte Feststellung, wie durch Schaffung nicht landwirtschaftlicher Erwerbsgelegenheit der Provinz Ostpreußen geholfen werden könnte. Nach Ansicht der Verfasser scheidet hier der Handel so gut wie ganz aus. Dagegen sei es im Handwerg sehr wohl möglich, zum mindesten in einzelnen Handwerken, die Arbeitsgelegenheit zu vermehren. Auch in der Einföhrung von Heimindustrie in Ostpreußen scheint nach Ansicht der Verfasser die Möglichkeit zu liegen, zur Verdrückung der Bevölkerung beizutragen.

In der Industrie liegt nach Ansicht der Verfasser das Schwerkern der Frage der Entvölkernng und der Erhaltung der Bevölkerung in Ostpreußen und die Möglichkeit, die Einwohnerzahl planmäßig zu vermehren. Es gelte, dem Bevölkerungszuwachs der Agrargebiete in der Heimat neue Arbeitsgebiete zu verschaffen und die teilweise Ungleichheit der Wirtschaftsverhältnisse durch Zuwendungen oder Erleichterungen so lange auszugleichen, bis eine neue Industrie eine gewisse Erhaltung gefunden habe. Die Elektrifizierung der Provinz erleichtere die Erhaltung von Betrieben aller Art und Größe, um eine Reihe von Industrien könne in Anlehnung an vorhandene, bzw. gestiftet auf Rohstoffe am Ort, neu errichtet werden.

Die Verfasser erkennen die Hilfe, die für agrarpolitische Zwecke der Provinz Ostpreußen gemäht werden ist, an, sie geben zu, daß dadurch eine gewisse Milderung der Abwanderungsnot erreicht

werden kann, behaupten aber, daß diese dadurch nicht beseitigt werden könne und plädieren für eine planmäßige, mit einigermassen ausreichenden Mitteln arbeitende Förderung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsgelegenheit durch Reich und Staat.

Das ganze Werk ist eines der besten Bücher, das über landwirtschaftliche Verhältnisse im Osten geschrieben wurde, das nicht nur allein für Ökonomen, sondern auch für den ganzen deutschen Osten Geltung hat.

J. P. H.

Führer durch den freiwilligen Arbeitsdienst. Von Karl Kaufmann, Geschäftsführer des Volksbundes für Arbeitsdienst in Bayern e. V. Herausgegeben vom Volksbund für Arbeitsdienst in Bayern e. V., München, Briemner Str. 30. 119 S. Preis 1,80 M.

Das Büchlein trägt seinen Titel zu Recht: es ist ein ausgezeichnetes Wegweiser durch Gesetz, Verordnungen und Bestimmungen, die den freiwilligen Arbeitsdienst im Reich und insbesondere in Bayern regeln. Es bietet ferner eine praktische Anleitung zur Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes, behandelt Fragen der Unterkunft, der Verpflegung und Bekleidung der Arbeitsdienstwilligen, der gesundheitlichen und sozialen Maßnahmen, der körperlichen und geistigen Schulung u. a. m. Ein Kapitel über Zweck und Nutzen des freiwilligen Arbeitsdienstes und über die Unternehmungen des Volksbundes runden den Inhalt der Broschüre aufs beste ab.

Bismarcks Bündnisreden und seine Lehren, von Albrecht Graf zu Stolberg-Wernigerode, Deutscher Volksdienst-Verlag G. m. b. H., Berlin, 119 S.

Bismarck und die schleswig-holsteinische Frage, derselbe Verfasser, Verlag der „Meier Zeitungs“, Kiel, 107 S.

Diese beiden Schriften vereinen politischen Witz mit klarem wissenschaftlichen Denken. Sie stammen aus der Feder eines Sohnes des ehemaligen Reichstagspräsidenten, der ebenfalls Mitglied des Deutschen Reichstags war. Bismarcks Bündnispolitik wird in ihrem

Aufbau und ihrer Konfuktion dargestellt. Dabei kommt es dem Verfasser vor allen Dingen darauf an, diese aus den eigenen Äußerungen und den Zeugnissen der eigenen Mitarbeiter des ersten Kanzlers abzuleiten. So kommt gleichzeitig eine äußerst aufschlußreiche Sammlung von Bismarckzitativen über seine Außenpolitik zustande. In dieser Beziehung hat das Buch seinen eigenen Platz neben den Werken von O. Becker, M. von Hagen, Rothfels über den gleichen Gegenstand. Es hat seinen besonderen Wert durch die Zusammenfassung auf die Gegenwart. Das der Verfasser in diesem Kapitel über die Lehren aus Bismarcks Bündnispolitik mit Beziehung auf unsere jetzige Außenpolitik sagt, ist äußerst lehrreich.

Einen besonderen Auschnitt der Bismarckpolitik behandelt Graf Stolberg in seiner zweiten Schrift. Sie ist ihrem Inhalt nach mehr für Spezialisten geschrieben, aber entbehrt darum doch nicht der großen Klarheit. Stolberg erweist sich durch diese beiden Schriften als einer der besten Bismarckkenner unter den praktischen Politikern. Seine beiden Verdienftstellungen haben ihren eigenen Platz in der unüberbehaaren Bismarckliteratur, die M. v. Hagen in der „Zeitschrift für Politik“ vor einiger Zeit kritisch geordnet und geleitet hat.

Meer und Weltwirtschaft. Von Max Eckert. Zentral-Verlag G. m. b. H., Berlin W 33. 79 S., 19 Kt. und Diagramme. Preis Halbleinen geb. 2,10 M.

Wenn sich der Leser überhaupt einen Begriff von der Bedeutung des Meeres macht, denkt er an den Verkehr zur See. Bevor der Verfasser aber zu diesem Kapitel kommt, bespricht er aber noch die Afrikafrage, wie er es nennt, die Eigenproduktion des Meeres, die nicht unterschätzt werden darf. — Erfolg der Bedeutung des Meeres für den Weltverkehr, die dann durch eine Reihe ausgezeichnete Karten und Diagramme erläutert wird, ist dem Verfasser die Beziehung des Meeres zur Menschheit in kulturell-politischer Bedeutung am wichtigsten. Seine sehr aufschlußreichen Untersuchungen über diese Beziehungen spielen in dem Satz, daß das Meer nicht nur eine Quelle des Reichtums, sondern auch eine Quelle der Kräftigung der Völker ist. Ein Satz, den gerade wir uns bei der jährlich wachsenden Größe unseres Seekanals wohl merken dürfen.

Soeben erschienen:

Dr. Roderich Freiherr von Ungern-Sternberg Die Planung als Ordnungsprinzip der deutschen Wirtschaft

108 Seiten • 4.— RM. ord.

Eine Schilderung und Bewertung der gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland • Positive Vorschläge für eine industrielle, planwirtschaftliche Regelung

Der Schrift liegen zwei Thesen zugrunde. 1. Die freie Konkurrenzswirtschaft ist durch Privatmonopole ihrem ursprünglichen Grundprinzip der freien Konkurrenz und der persönlichen Initiative entfremdet und die fortschreitende Vermehrung der riesigen Kapitalinvestitionen machen eine Rückkehr zur freien Konkurrenz praktisch unmöglich. 2. Infolgedessen sieht sich die Privatindustrie genötigt, monopolistische Zusammenschlüsse herbeizuführen, und in Fällen von finanziellen Schwierigkeiten kann der Staat nicht umhin, in Anbetracht der viel verzweigten Interessen, die damit verbunden sind, stützend einzugreifen. Eine Beseitigung des Zustandes und eine dauernde Abhilfe gegen Krisengefahren sieht der Verfasser nur in einer Wirtschaftsordnung, in welcher die Produktion nicht dem freien Ermessen des einzelnen Produzenten oder eines privatwirtschaftlich orientierten Verbandes überlassen wird, sondern einer Regelung nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Der Verfasser faßt seine Gedanken in einem Gesetzesentwurf zusammen „Über die Vereinigung von Industriefirmen eines Industriezweiges zu einer Industriegemeinschaft“, der die oben gekennzeichneten Aufgaben obliegen würde.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Überbetten

Nur Beamten u. Festbesoldeten liefern wir seit 1864 direkt ab unserer Fabrik

Unterbetten, Plumeaus
Kissen, Federn u. Daunenn

Streng vertraulich ohne Anzeigung gegen 8 Monate Zeit und monatliche Raten
Erste Rate wird nach gelieferter Wahl für jeden Kunden besonders angefertigt
Minderwertige Ware führen wir nicht
Auf die werden bestimmt unser Kunde
Verlangen Sie kostenlos Muster und Preisliste

Gebr. Passmann A-G
Größtes Spezialgeschäft Deutschlands
Musterlager Köln Trierer-Str. 13

Et omni notorieller Bestätigung:
1. Über 400.000 Kunden
2. Mehr als 10000 Orten
3. Über 10000 Kunden
4. Neben zum 2. Mal
5. Welt höchst

Korbmöbel ab Fabrik

Tollschick bis 10 Monate. Frachtlieferung. Auszahlungserleichterung. Schlagpreis 3 teilige Polstergarnitur RM 27,90. Reichhaltiger Katalog gratis.

Korb- u. Möbelfabrik Böhm Oberlangenstadt 1327, Lichtenters-Land

Polsterarbeiten

Neuanfertigung / Modernisieren, Aufarbeiten der Zeit entprechende Preise / in und außer dem Hause Kostenschonung unverbindlich

Ponsong + Berlin SO Eisenbahnstraße 38 Fernsprecher F 8 2009

Sommersprossen

beseitigt unter Garantie mein einfaches Mittel, welches sich jedem kostlos mitteilt.

Salvina, Hamburg 24

Heimatsdienst

Jahrgang 1920-1925 zu kaufen gesucht. Angebote erbittet das Seminar für Völkerrecht und Diplomatie an der Universität Göttingen.

ZAHLENBILDER KARTEN MONATSSCHRIFT IN BILDERN AUS KURVEN POLITIK WIRTSCHAFT KULTUR

Der Inhalt der Hefte 1-6 des Jahrganges 1932

Nr. 1

Material zur vierten Notverordnung.

Die rückläufige Bewegung der Lebenshaltungskosten. Vorwiegend gebundene Preise in Deutschland. Vorwiegend freie Preise. Lebensmittelpreise 1929-1931. Die Senkung der Verdiensteuern. Der Preisdruck für die Landwirtschaft. Wie die Lebenshaltung sich verhielt. Die Kürzung der Tariflöhne. Die Anstellungsziffer 1927-1931. Der Abwas der Hausrenten. Die Zinssenkung und die Kredite der deutschen Wirtschaft. Die Verteilung der Zinssenkung auf die Wirtschaft. Das Reichsbahn-Arbeitsbeschaffungsprogramm. Der Ausbau der Reichsbahnanlagen. Der Arbeitslohn bei der Reichsbahn. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Bevölkerungsverzehrung in Europa.

Zur internationalen Wirtschaftskrise.

Die Rationalisierung in USA. Der Finanzdruck und seine Rückwirkungen. Die Bewegung der asiatischen Valuten. Wirtschaftskrise und Eheschließungen.

Zu den Reparationsverhandlungen.

Steigender Goldwert - wachsende Teufart. Die Verwaltungskosten des Reiches. Kriegsteuern, Wehrungsabgaben und Schäden.

Zur Abrüstungskonferenz.

Freudlicher und französischer Militarismus. Die strategisch ungenügende Lage Deutschlands. Deutschlands Bedrohung durch Militärärgerzeuger. Frankreichs und Deutschlands Heere.

Sonstiges.

Die Reichsbewerber in Deutschland 1928-1930. Das Verhältnis zwischen Abgeordneten und Vorbestrafen. Die Ausnutzung der Wasserkraft.

Nr. 4

Zur Reparationsfrage.

Die deutschen Reparationsleistungen. Die unproduktiven Leistungen der Großindustrie. Deutschlands Zinnsahlungen am Ausland. Die Entwicklung der Goldbestände. Deutschland hat den größten Prozentsatz an Erwerbstätigen.

Was essen und trinken wir im Laufe eines Jahres? Volkswirtschaft und Bevölkerungsentwicklung. Arbeitsnot und Selbstnahrung.

Vom Baumarkt.

Die Neubaugtätigkeit in Deutschland. Der darniederliegende Baumarkt. Die Baumverkäufe seit 1929.

Die Not im deutschen Kohlenbergbau.

Kohlenförderung in Deutschland. Der Kohlenausbau Deutschlands. Die Auswirkung der Rationalisierung im Bergbau.

Der deutsche Außenhandel.

Die Schrumpfung der Umsätze im Außenhandel. Der deutsche Außenhandel im Jahre 1931. Der Rückgang der deutschen Exporte. Die deutsche Maschinenausfuhr.

Der Preußen-Etat.

Die großen Ausgabenbesenkungen in Preußen. Die großen Posten im preußischen Haushaltsplan. Die Aufstellung der preussischen Staatshaushalts.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Das procentuale Ergebnis vom 13. März 1932. Die absoluten Stimmen vom 13. März 1932. Der Rückgang der Opposition am 10. April 1932. Die überwältigende Mehrheit für Hindenburg am 10. April 1932.

Zur Osteuropafrage.

Die Fragepunkte Osteuropas. Die von Vize-Mächte-Konferenz in London. Zu den französischen Wirtschaftsplänen in Südosteuropa.

Verschiedenes.

Kreuzer Wolfrumt. Weniger ABC-Schützen. Wo helfen die Rundfunkgehörten? Wo wird am meisten telefoniert?

Die Zeitschrift „Zahlenbilder“ erscheint monatlich (Mitte des Monats) und kostet im Abonnement RM 18.— jährlich (vierteljährlich RM 4,50), zuzüglich RM 1.— Zustellgebühr durch die Post (unter Streifenband RM 3,—). Einzelhefte RM 2,50. Matern zum Abdruck und Zeitschriften kosten RM 1,80. Einzelne Diapositive schwarz RM 1,25, farbig RM 2,25. Vergrößerungen nach Sonderangebot.

Prospekte und Einzelbildverzeichnisse kostenlos von

DEUTSCHER LICHTBILDDIENST G.M.B.H., BERLIN W 35, POTSDAMER STR. 41

Nr. 2

Zur Abrüstungsfrage.

Die „bedrohte“ französische Sicherheit. Die französischen Invasionen in Deutschland. Die Machterhebungen in der Luft. Frankreichs erweiterte Soldaten. Die wirtschaftliche Bedeutung von Französisch-Afrika. Die Rüstungsindustrie Europas.

Zur Reparationsfrage.

Warum Deutschland an eine endgültige Regelung der Reparationsfrage drängen muß. Die deutsche Zahlungsbilanz 1931. Die deutsche Handelsbilanz. Deutschlands Schuldenbilanz 1932. Die Reparationslast. Was hat Deutschland an die Siegermächte gelistet?

Deutschlands Wirtschaft in der Depression.

Der Großhandelsindex wieder auf Friedenshöhe. Der Preisrückgang bei einzelnen Produkten. Rückgang der Lebenshaltungskosten. Die Kleinhandelspreise 1931 und Ende 1931. Die Senkung der Straßenbahntarife. Die Feinkurve. Die Spartätigkeit 1931.

Goethes Lebensraum.

Der Goetheraum. Goethes Heimat und Jugendland. Der Student Goethe. Goethe, der weltweite Dichter. Goethe, von Frankfurt nach Weimar. Goethes erste Weimarer Zeit. Goethes italienische Reise. Goethes zweite Weimarer Zeit. Goethes dritte Weimarer Zeit (für alternde Goethe). Goethe und die politischen Zeitereignisse.

Sonstiges.

Zum japanisch-chinesischen Konflikt. Das Ergebnis der Betriebsratswahlen. Mehr Rundfunkhörer trotz Wirtschaftskrise.

Nr. 5

Deutschlands Auslandsverschuldung und die Reparationszahlungen.

Zur Reparationskonferenz: Die deutsche Devisenbilanz. Die Belastung mit langfristigen Auslandsanleihen. Tilgung und Verzinsung der langfristigen Auslandsanleihen. Das deutsche Auslandskreditverhältnis. Was in Deutschland an Werten geschaffen wurde. Der Gesamtanfallung des deutschen Volkswirtschaft. Die Neuwertungen der deutschen Volkswirtschaft. Der deutsche Geldmarkt 1929-1931. Die Entwicklung an internationalen Geldmärkte. Geschwundener Umsatz.

Der Verbrauch des deutschen Volkes ging seit 1929 zurück. Niedrige Arbeitslohn, niedrige Einzelhandelsumsätze. Sinkender Verkehr. Die Finanzen der Reichsbank.

Die Entwicklung der deutschen Aktiengesellschaften.

Der Umstieg der Vermögenskraft in Deutschland. Das Nominalkapital der deutschen Aktiengesellschaften. Die Aktienkurse in Deutschland.

Die internationale Wirtschaftsentwicklung.

Internationale Konjunkturerückbildung. 25 Millionen ohne Arbeit. Die Zerstückelung der Währungen in aller Welt. Die Krise in der Depression. Frankreich als Geldgeber.

Zu den Länderwahlen.

Der Preußische Landtag. Die parlamentarischen Kräfteverhältnisse in den deutschen Gliedstaaten. Die französische Kammer. Die Verteilung der politischen Kräfte in Frankreich.

Zur Abrüstungsfrage.

Deutschlands Sicherheit allein bedroht. Stützpunkt einer Befestigungsanlage an der französischen Ostgrenze.

Verschiedenes Interessantes.

Eliaß-Lothringen spricht auch heute noch deutsch. Die Entwicklung der deutschen und polnischen Stämme bei den Reichstagswahlen. Wo sitzt die Herren und Knabenkonfession? Woher stammt der neue Anzug?

Nr. 3

Die deutsche Industrie und die Weltwirtschaftskrise.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft seit 1870. Der Produktionsrückgang in Deutschland 1929/1931. Die Beschäftigung der deutschen Industrie Januar 1932. Die Folgen der Arbeitsnot. Goldverwertung und Konjunktur. Die Bedeutung des Stillstandsökommens. Der Weltmarkt von 1840 bis 1931. Die Verschlebung im Weltmarkt seit 1900. Wachsende Ausfuhrbeschränkungen.

Die Weltwirtschaftskrise und die deutsche Landwirtschaft.

Im Inlande erzeugbare und nicht erzeugbare Einfuhrwaren. Die Einfuhr in Deutschland nicht erzeugbare Waren. Die Abhängigkeit des deutschen Rohstoffverbrauches vom Ausland.

Ist Deutschland in seiner Nahrungsmittelversorgung vom Ausland unabhängig? Steigende Selbstversorgung des deutschen Volkes. Die Entwicklung der Viehzucht. Die Schwankungen in der Milchlieferung. Die Entwicklung der Getreidepreise seit 1926. Die Auswirkung der deutschen Getreidepolitik.

Die deutschen Maßnahmen zum Schutze der Wirtschaft.

Zwei Monate Preissteigerung. Die Auswirkung der Preisbeschneidung. Die Großhandelspreise in der Welt. Der Abwas der Lohnsätze. Die Entwicklung des Bankgeschäfts. Starke Abnahme der bankmäßigen Kurzkredite. Die Sanierung der Großbanken. Der Status der Devisen.

Zur Abrüstungsfrage.

Die europäischen Vertragssysteme. Frankreichs Aufmarschbahnen an der Ostgrenze. Die Eisenbahnanlagen Deutschlands und Frankreichs. Der Kampf gegen das Deutsche und Frankreichs

Sonstiges.

Der Kampf um Schanghai. Zum Meinungskonflikt.

Nr. 6

Reparationen und Wirtschaftskrise.

Zerstückelte Währungsgrundlagen. Geldmarkt und Notenbankkredite. Das Hooverjahr. Das Gleichgewicht der Zinsen. Das Interesse an schließlichen Abkommen. Die Steuer- und Zollmaßnahmen des Reiches. Bierbesteuerung und Bierverbrauch. Zigaretten- und Zigarrenverbrauch. Die schwelende Schuld des Reiches.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Deutschland.

Der Anteil an der Weltproduktion. Die Volkswirtschaft friert ein. Die deutsche Industrie in der Krise 1931. Die Einkommensverteilung. 2 1/2 Milliarden Reichsmark liegen im Strickstrumpf. Goldbestand und Geldmarkt. Die deutsche Sachverwertung. Die Verteilung der Arbeitslosen.

Die deutsche Landwirtschaft in der Krise.

Der Wert der landwirtschaftlichen Produktion. Die Einnahmen der deutschen Landwirtschaft. Die Getreidepreise in Deutschland und Weltmärkte. Vieh- und Butterpreise in Deutschland und am Weltmarkt.

Der Schweinebestand in Deutschland. Der Großgrundbesitz betreibt Ackerwirtschaft - die Bauernwirtschaft betreibt Viehzucht. Beschäftigte und landwirtschaftlich genutzte Fläche der landwirtschaftlichen Klein-, Mittel- und Großbetriebe. Was Preußen für die Landwirtschaft aufwendet. Was Deutschland für die Landarbeiter tat. Die polnische Landwirtschaft.

Verschiedenes.

Was verdient der Herr Doktor? Was verdient der Zahnarzt? Auch ein neuwahrender Reichstag arbeitsunfähig? Die deutschen Jugendberufshilfe und ihre Gäste. Die Treckwagen des Zeiter. Die französische Kammer. Die Bevölkerungsverzehrung in Deutschland.

Der Auslanddeutsche

Halbmonatsschrift für Auslandsdeutschtum
und Auslandkunde

Mitteilungen des deutschen Auslands-Instituts in Stuttgart

Jahrgang XV

1932

Das führende Blatt für die Kunde vom Auslandsdeutschtum

Aufsätze, Briefe aus dem Ausland, Rundschau über politische und wirtschaftliche Lage des Auslandsdeutschtums, Nachrichten über Kirche, Schule, Presse, Kunst und Wissenschaft, Sport, deutsches Vereinswesen im Ausland, über Vereinigungen der Auslandsdeutschen im Reich, politisch-parlamentarische Fragen, Wanderungswesen, Bibliographie der Neuerscheinungen, Buchbesprechungen, Mitteilungen aus deutschen Zeitungen und Zeitschriften des Auslands. Monatliche Beilagen: Bilder vom Auslandsdeutschtum. Neue Bücher.

Der **Auslanddeutsche** erscheint am 1. und 15. jeden Monats, er wird allen Mitgliedern des Deutschen Auslands-Instituts, die den satzungsgemäßen Mindestbeitrag entrichten, frei ins Haus geliefert.

Die **ausländische Deutschlandhilfe** findet erstmals eine zusammenfassende Darstellung im 6. Band der wirtschaftswissenschaftlichen Reihe der Schriften des deutschen Auslands-Instituts Stuttgart:

Die **Auslandhilfe für das Deutsche Reich**
von Dr. Johannes Kreychenpöth

152 Seiten Gebunden Rmk. 5.—, gehftet Rmk. 4.—.

Zu beziehen durch:

Deutsches Auslands-Institut, Stuttgart
Haus des Deutschtums



ÜBERSEE- UND KOLONIAL-ZEITUNG

43. Jahrgang

Das führende Kampforgan
für deutsche Kolonialpolitik

Das kolonialwirtschaftliche Nachrichtenblatt für Industrie und Handel

Die Monatsschrift des Kolonial- und Auslandsdeutschen

Die aktuelle koloniale Bilderzeitschrift

Bezugspreis: Ausland jährlich 9,— Mk. Inland 8,— Mk. einschließlich Zustellung. / Mitglieder der Deutschen Kolonialgesellschaft Vorzugspreise / Lassen Sie sich kostenlos Probenummer zusenden durch den Verlag:

Deutsche Kolonialgesellschaft
Berlin W 35, Am Karlsbad 10

Dr. Karl Schwendemann Frankreich

180 Seiten, 26 Karten und Schaubilder. Preis gebd. **5,40 RM.**

Doppelband 27/8 der „Weltpolitischen Bücherei“.

Frankreich als außenpolitischer Faktor in seiner Gesamtheit und in seinen Zielsetzungen und Methoden.

Bestellen Sie sofort dieses aktuelle Buch.

Verlangen Sie Sonderprospekte der Weltpolitischen Bücherei u. des Doppelbandes 27/8.

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35

Polsterarbeiten

Umarbeitungen, neuzeitliche Formgestaltung, Dekoration werden von erstklassigem alten Fachmann zu billigsten Preisen ausgeführt.

Paul Ponsong sen., Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 36.

Noiverkau!

la Anzug-Stoffe

klein und groß Wellenklammern à Meter **RM. 6,50 und 8,50**

Unveränderliche Musterveränderung wird gern zugesandt!
Generar Textilfabrikation G. m. b. H., Gora, Pest 13

Die Reichsmarine

Maritime Seefahrt für Marine und Meereweis. Beständige interessante Monatsschrift für die Presse der Marine und der weitausgehenden. über die besten Kreisläufe, Wetter, Küstenschutz usw. Information wird, nur über die Zeitfreiheit anderer blauen Fragen, über Probleme, ihre Überblicke näherten möglich, wie Freiheit und Interesse an dem letzten Vorkommen der Welt. Im 126. im 1927er Jahren ist den unterirdischen Bereich über aus Wohlstand der Marine-Bericht durch Buchen Berlin Nr. 107/906. Dafür erfüllt man sich wieder lang die Geistlichkeit „Die Reichsmarine“ mit dem Gedenkbuch „Die meiste gern zur See fahren“, bei alle weiteren Angaben über die Einleitung bei der Reichsmarine und Quedlinburger entließ.
Berlag „Die Reichsmarine“, Berlin-Dierfelde.

Die Judenfrage -

Das Augustheft der „Europäischen Revue“ erscheint als Sonderheft. Zum jüdisch-arischen Problem äußern sich mit einer Fülle von Gedanken, in konträrkitorischer Stellungnahme, führende Persönlichkeiten der Politik, Wirtschaft und Literatur:

- Einleitung:** Karl Anton Prinz Rohan
Das religiös-weltanschauliche Problem: Dr. Leo Baeck — Hans Blöher
Assimilation und Rassenfrage: Jakob Wassermann — P. Erich Przywara S. J.
Das politische Problem: Hans Kohn — Albrecht Erich Günther
Das künstlerische Problem: Arnold Zweig — Prof. Nadler
Staat und Volk: Hans Kohn — Graf Gleispach
Die Juden in der Wirtschaft: Dr. Ernst Kahn — u. a.

Die ganze Problematik des Judentums im Deutschland wird hier, abseits vom Geschehn der Straße, aus geistiger Perspektive und höchstem ethischen Verantwortungsgesicht heraus zum Gegenstand der Aussprache gemacht.

Umfang ca. 100 Seiten Preis RM. 1,50

Verlag der Europäischen Revue
Berlin SW 68

— das deutsche Problem!